



Interview mit Kulturministerin
Isabel Pfeiffer-Poensgen
[ab Seite 12](#)

Video-Kampagne:
Russlanddeutsche im Fokus
[ab Seite 16](#)

Portrait: Das Oberschlesische
Landesmuseum
[ab Seite 26](#)

70 Jahre
Landesstelle Unna-Massen
[ab Seite 36](#)

Erinnerung
an den Mauerbau vor 60 Jahren
[ab Seite 40](#)



Liebe Leserinnen und Leser!

ich freue mich, auch für diese neue Ausgabe unseres Journals einige einleitende Worte schreiben zu dürfen. Es ist nunmehr die vierte Ausgabe im neuen Gewand.

Viele berichten uns darüber, dass das Journal ihr Wissen über die verschiedenen Gruppen sowie Einrichtungen und deren Themen vermehrt hat. Dies freut uns und auch mich persönlich sehr.

Das, was ich im Juni 2020 im Editorial schrieb, gilt leider immer noch: *„Die Erstellung dieser Ausgabe war geprägt – wie unser gesamtes Leben seit einigen Monaten – von den Auswirkungen der Corona-Pandemie.“* Diese Auswirkungen merken wir natürlich auch in Bezug auf das VAS-Journal. Es finden deutlich weniger Präsenzveranstaltungen statt, dementsprechend können wir in unserem Journal auch nicht mit Text und Bild darüber berichten. Trotzdem ist es uns, so glaube ich, auch mit dieser Ausgabe wieder gelungen, die Breite der Themen abzubilden.

Im Mittelpunkt dieser Ausgabe stehen u.a. Interviews mit der NRW-Kulturministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen, mit dem Bundesvorsitzenden des Verbandes der Siebenbürger-Sachsen, Rainer Lehn, sowie der neuen Direktorin des Oberschlesischen Landesmuseums, Andrea Perl. Daneben stellen sich auch die Mitglieder des Landesbeirats in Wort und Bild vor und wir gehen – anlässlich runder Jahrestage – auf die Landesstelle Unna-Massen sowie auf die Berliner Mauer näher ein.

Zusätzlich haben wir uns auch in dieser Ausgabe in einem größeren Artikel den digitalen Formaten der Verbände und Einrichtungen gewidmet (s. S. 14 in dieser Ausgabe). Der Artikel soll zeigen, was möglich ist, und auch anregen, selbst das eine oder andere einmal zu versuchen. Posts, Podcasts, Live-Streams in den sozialen Medien sowie digitale Museumsführungen wurden konzipiert und präsentiert, um das Verbandsleben und das kulturelle Angebot aufrecht zu erhalten und gegebenenfalls sogar als Modell für die Zukunft bestehen zu bleiben. All diese Aktivitäten zeigen, wie aktiv und lebendig die Verbände und Aktiven der deutschen Heimatvertriebenen, Übersiedler, Aussiedler und Spätaussiedler in Nordrhein-Westfalen nach wie vor sind!

In diesem Sinn, wünsche ich Ihnen wieder eine anregende Lektüre und hoffe sehr, dass Sie gemeinsam mit Ihrer Familie eine gute Sommerzeit verbringen werden. Und ganz wichtig: Bleiben Sie gesund!

Es grüßt Sie

Ihr Heiko Hendriks

Vorsitzender des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen

In dieser Ausgabe

I LANDESBEIRAT & LANDESBEAUFTRAGTER

- 4 Berichte über die Vollversammlungen des Landesbeirats
- 5 Die neuen Spätaussiedlerzahlen
- 6 Die Mitglieder des Landesbeirats stellen sich vor
- 11 Öffentlichkeitsarbeit in Zeiten der Corona-Pandemie
- 45 Chronik des Landesbeirats – Kapitel 3: Stabilisierung der Arbeit (1949–1953)

II INTERVIEWS, PORTRAITS UND ZEITGESCHICHTE

- 12 75 Jahre Nordrhein-Westfalen: Interview mit Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen
- 20 Im Gespräch mit Rainer Lehn: „Herausforderungen für die Siebenbürger Sachsen in diesem Jahrzehnt“
- 26 Kultureinrichtungen im Portrait: Das Oberschlesische Landesmuseum (OSLM)
- 28 Interview mit Andrea Perl, der neuen Direktorin des OSLM
- 34 Im Gespräch mit Prof. Hütter zum Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens
- 36 70 Jahre Landesstelle in Unna-Massen – eine Dokumentation
- 40 Zum Mauerbau vor 60 Jahren
- 42 Interview mit dem Buchautor Alexander Richter-Kariger

III AUS DEN VERBÄNDEN

- 14 Digitale Angebote in Zeiten der Corona-Pandemie – Teil II
- 16 Eröffnung der Kampagne „Russland-deutsche im Fokus“
- 22 Jahrestagung des NRW-Frauenreferates der Siebenbürger Sachsen
- 30 Die Landsmannschaft der Oberschlesier wird 70!
- 32 Sonderausstellung im Oberschlesischen Landesmuseum zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung: Deutschland oder Polen?
- 44 2020: Ein Jahr der Herausforderungen – auch für den BdV-Kreisverband Iserlohn

IV BUCHVORSTELLUNGEN

- 24 Katharina Martin-Virolainen, zwei Bücher: „Im letzten Atemzug“ und „Die Stille bei Neu-Landau“
- 25 Lothar Rosenberg, Memellandgeschichten im Doppelpack: „Aber Olga, ...“ und „Um Haus und Hof“
- 33 Markus Mittmann „Wodka mit Grasgeschmack“
- 43 Alexander Richter „Häftling 46. Gedächtnistagebuch 1982 bis 1983“

Bildnachweise Cover: oben links: Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (Bildrechte MKW), oben rechts: Der Landesbeirat tagt virtuell (Bildrechte MKW), Mitte links: Russlanddeutsche im Fokus (Bildrechte LmDR), Mitte: Steppenkind im Gespräch (Bildrechte Edwin Bill), Mitte rechts: Das Oberschlesische Landesmuseum (Bildrechte Szigeti), unten rechts: Sonderausstellung im OSLM mit Heiko Hendriks (Bildrechte MKW)

VIELE WICHTIGE THEMEN IN DEN SITZUNGEN DES LANDESBEIRATS



Virtuelle Runden Ende 2020 und Anfang 2021

Aufgrund der Pandemie fanden auch die letzten zwei Vollversammlungen des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen wieder virtuell statt, was allerdings einem lebhaften Austausch in dem Gremium keinen Abbruch tat.

Vollversammlung am 26. November 2020

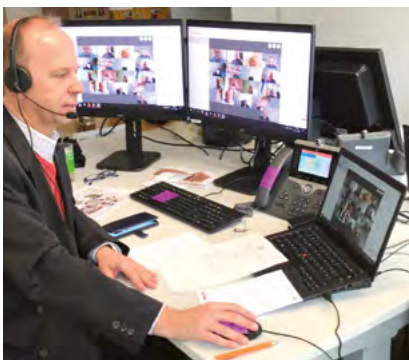
Die erste Sitzung fand am 26. November 2020 statt. Nachdem der Vorsitzende Heiko Hendriks u.a. über seine Kontakte und Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Zielgruppen berichtet hat, stand diesmal das Projekt der Kulturstiftung zur Digitalisierung der Heimat-sammlungen/Heimatsstuben im Mittelpunkt (Wir haben darüber im VAS-Journal 02/2020 ausführlich berichtet.)

Generationen dauerhaft zur Verfügung zu stellen. Zudem bietet diese Darstellungsform geeignete Möglichkeiten für einen Einstieg in historisch-politische Bildungsprozesse. Ferner machte er deutlich, dass auf diesem Wege auch jüngere Menschen über die Schicksalsgeschichte der Vertriebenen im Zuge des Zweiten Weltkriegs informiert werden können. Abschließend erfolgte eine kurze Diskussion über den Flyer des Landesbeirats.

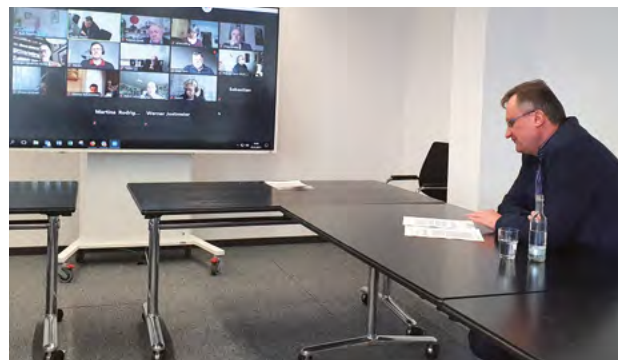
Vollversammlung am 25. März 2021

Die Mitglieder des Landesbeirats nahmen die Präsentation durch den Geschäftsführer der Kulturstiftung, Thomas Konhäuser, erfreut zur Kenntnis. Er machte deutlich, dass es durch die digitale Darstellung möglich wird, Exponate und textliche Inhalte der Heimatvertriebenen den nachkommenden

Zu Beginn der Sitzung wurde den Mitgliedern mitgeteilt, dass nunmehr auch die Geschäftsstelle des Landesbeirats in das RWI4-Gebäude in der Völklinger Straße umgezogen sei und die letzte Ausgabe des VAS-Journals mittlerweile alle Abonnenten erreicht habe.



Heiko Hendriks hat alle(-s) im Blick!
(Foto: MKW)



Dr. Guido Hitze steht Rede und Antwort (Foto: MKW)



Präsentation zum Zeitzeugenprojekt (Foto: MKW)

Heiko Hendriks konnte u.a. berichten, dass die Aufnahme von Spätaussiedlern in Deutschland und damit auch in NRW trotz der Coronapandemie weiterhin stattfinden konnte. In 2020 kamen insgesamt ca. 4.300 Spätaussiedler nach Deutschland und davon 733 nach NRW. Viele Gespräche und Kontakte wurden weiterhin von Heiko Hendriks im vergangenen halben Jahr realisiert, der Beratungsbedarf der Zielgruppen ist weiterhin hoch.

Als Gast in der Vollversammlung konnte zunächst Dr. Frank Hoffmann vom Institut für Deutschlandforschung der Ruhr-Universität Bochum begrüßt werden. Er berichtete über das Zeitzeugenprojekt an Schulen in NRW, in dem ehemalige politische Häftlinge aus der DDR Schulklassen anschaulich

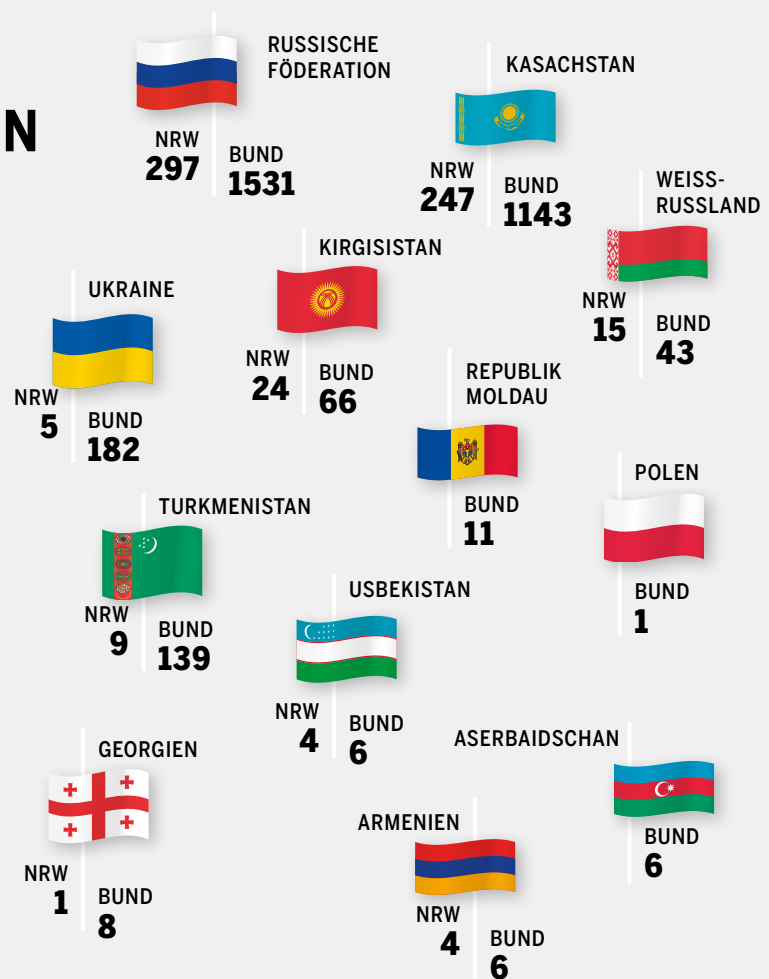
von ihren Erfahrungen und Lebensgeschichten berichten. (Hierzu siehe auch beispielhaft das Interview und die Buchvorstellung von Alexander Richter in diesem Magazin, der ebenfalls als Zeitzeuge tätig ist).

Im Rahmen eines weiteren Tagesordnungspunktes referierte Dr. Guido Hitze, Leiter der Landeszentrale für politische Bildung im MKW. Er berichtete und diskutierte mit den Mitgliedern des Landesbeirats über seine Arbeitsplanungen insbesondere bezogen auf Vertriebenen- und (Spät-)Aussiedlerthemen. Beide Themenbereiche fanden im Landesbeirat reichlich Anklang und wurden ausdrücklich begrüßt.

SPÄTAUSSIEDLERZAHLEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN UND BUNDESWEIT

In der Zeit von April bis September 2020 sind in **Nordrhein-Westfalen** insgesamt 164 Menschen nach den Regelungen des BVFG aufgenommen worden.

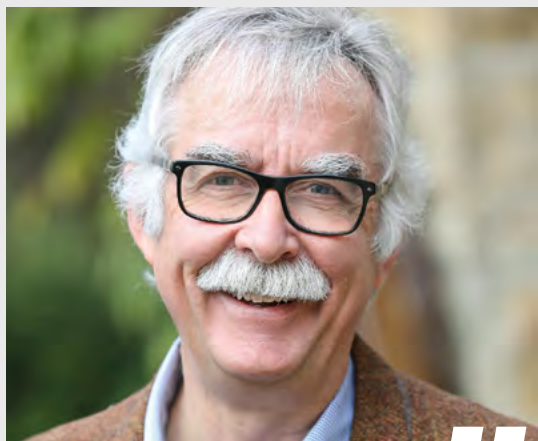
In der **Bundesrepublik Deutschland** wurden im Zeitraum April bis September 2020 insgesamt 1.578 Personen nach den Regelungen des BVFG aufgenommen. Von diesen 1.578 Personen waren 375 Personen deutsche Volkszugehörige im Sinne des § 4 BVFG. 905 Personen sind gemäß § 7 BVFG als Ehegatten oder Abkömmlinge eines Spätaussiedlers und 298 Personen als Familienangehörige gemäß § 8 BVFG eingereist.



Quelle: https://www.bva.bund.de/DE/Services/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/Monatsstatistik/7a_Monatsstatistik.html?nn=152658 – <http://www.kfi.nrw.de/wissenstransfer/statistik2/NRW-weite-Zahlen/index.php>

DIE MITGLIEDER DES LANDESBEIRATS STELLEN SICH VOR

Bereits seit 1948 existiert in Nordrhein-Westfalen der Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen und setzt sich seitdem kontinuierlich für die Interessen seiner Zielgruppen ein. Im November 2018 feierte der Landesbeirat sein 70-jähriges Bestehen mit einem großen Festakt. In dieser Ausgabe unseres Journals stellen sich die Mitglieder im aktuellen Landesbeirat Ihnen einmal persönlich vor und nennen ihre Beweggründe für ihre Mitarbeit im Landesbeirat.



Dr. Johannes Müller

1. Vorsitzender des Trägervereins der Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus e.V.

Über die verdichteten Erfahrungen des Landesbeirats lässt sich lernen, wie aus den Solidaritäten unserer Vergangenheit Gewinn für unsere Gemeinschaften gezogen werden kann.



Ich arbeite gern im Landesbeirat mit, da ich der breitenwirksamen Vermittlungsarbeit im Themengebiet eine Stimme geben möchte.

Kornelius Ens

Direktor Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte





Die Mitarbeit im Landesbeirat ist verknüpft mit meiner Arbeit als Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen NRW. Damit ist es mir möglich, die Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler auch in dieses Gremium einzubringen.

Rudi Pawelka

Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen (BdV) NRW e.V.



Als Deutsche aus Russland und aktives Mitglied der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. mit dem beruflichen Blickwinkel einer langjährigen DaF-, DaZ-Dozentin in der Erwachsenenbildung und im Integrationsbereich stehe ich für die Belange, für die Verbesserung der politischen Bildung und gesellschaftlichen Teilhabe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und sehe mich als Brückenbauer zwischen den Spätaussiedlern und anderen Zugewanderten in der Ankunftsgesellschaft Deutschland. Genau das sind die Aufgaben und Themenbereiche des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen.

Silvana Schindel

Stellvertretende Landesvorsitzende der LmDR NRW e.V.



In NRW leben viele Menschen mit einer alten und einer neuen Migrationsgeschichte. Ihre Anliegen wahrzunehmen, ihre Kultur und Geschichte ins Gemeinsame aufzunehmen, Vielfalt zu schätzen und Integration umfassend zu stärken sind Aufgaben des Beirates, an denen ich gerne mitwirke.

Edgar Born

Pfarrer und Beauftragter der evang. Kirche von Westfalen für die Fragen der Spätausgesiedelten und nationalen Minderheiten und Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Deutsch-osteuropäisches Forum



Ich bin gern im Landesbeirat, denn wir im IBB verfolgen mit all unseren Projekten im In- und Ausland das Ziel, zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern und dazu beizutragen, dass alle Bürgerinnen und Bürger eine Stimme bekommen. Nur so kann der Zusammenhalt einer Gesellschaft wachsen und der Landesbeirat trägt seinen Teil dazu bei.

Elke Wegener

Geschäftsführerin Internationales Bildungs- und Begegnungswerk e.V. (IBB)



Der Landesbeirat besteht aus Leuten, die sich in Vereinen und Verbänden der Betroffenen engagieren. Sie sind nah an der Basis und kennen genau die Sorgen und Nöte. Es ist wichtig, dass die Politik ein Gremium geschaffen hat, in dem diese Erfahrungen und Kompetenzen abgebildet werden. Sie braucht die Rückkopplung dieser Experten. So ist die Landesregierung näher an den Menschen. Und genau deshalb arbeite ich gerne im Landesbeirat mit.

Sebastian Wladarz

Beauftragter für Politik und Kommunikation der Landsmannschaft der Oberschlesier e.V., Vorstandsvorsitzender der Stiftung Haus Oberschlesien



Man darf nicht vergessen zu vergessen und muss aktiv dafür eintreten, die Welt von heute und morgen offen, interkulturell, sowie frei von Rassismus zu gestalten.

Christian Gradt

DJO (Deutsche Jugend in Europa) – Landesverband NRW e.V.





Ich arbeite gerne im Landesbeirat mit, weil ich die Kultur, Traditionen und Interessen der Siebenbürger Sachsen in NRW vertrete, zugleich schätze ich das Netzwerk und den Austausch im Landesbeirat, sodass wir dadurch gemeinsam unser aller Arbeit im Bereich der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler zukunftsfähig machen.

Rainer Lehni

Bundes- und Landesvorsitzender NRW des Verbandes der Siebenbürger Sachsen e.V.



Ich arbeite gerne im Landesbeirat mit, weil er eine wichtige Stimme in einer vielfältigen Gesellschaft ist.

Jürgen Kraska

Leiter des Kompetenzzentrums für Integration bei der Bezirksregierung Arnsberg

Die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge sowie die Spätaussiedler aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa können auf eine bis zu 800 Jahre lange Geschichte zurückblicken. Ich möchte mit dazu beitragen, dass die Identitäten, die Traditionen und die Kulturen der Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben, Sudetendeutschen, Schlesier, Ostpreußen, Pomern, Russlanddeutschen usw. bewahrt und weiterentwickelt werden, damit sie Teil der gesamtdeutschen Kultur bleiben. Am Beispiel der Vertriebenen und Spätaussiedler lässt sich zeigen, dass Hass und Gewalt nicht das letzte Wort haben müssen, sondern dass durch Wahrnehmung der „Brückenfunktion“ Frieden und Versöhnung möglich bleiben, wie das europäische Einigungswerk zeigt.

Werner Jostmeier

Ehem. Landtagsabgeordneter und ehem. Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Deutsch-ost-europäisches Forum





Ich arbeite gerne im Landesbeirat mit, weil dieser seit Jahrzehnten die wichtigste Informations- und Austauschbörse für die Angelegenheiten der deutschen Flüchtlinge, Vertriebenen und (Spät-)Aussiedler in Nordrhein-Westfalen ist – und zwar in einer Form, die Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Generationen zusammenführt und dadurch für eine breite Perspektive sorgt.

Prof. Dr. Winfried Halder

Direktor der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Deutsch-osteuropäisches Forum



Im Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen vertrete ich mit einer jungen Stimme die Interessen der Russlanddeutschen. Mir ist es wichtig, dass Deutsche aus Russland ihre Potenziale vollständig entfalten und gleichberechtigt sozial, kulturell sowie politisch partizipieren können. Außerdem ist es mir ein großes Anliegen, die russlanddeutsche Geschichte sichtbar zu machen und die Erinnerungskultur zu stärken.

Dietmar Schulmeister

Vorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V., Landesgruppe Nordrhein-Westfalen



„Die größten Menschen sind jene, die anderen Hoffnung geben können.“ ist ein Zitat von Jean Jaurès. In diesem Sinne setze ich mich gerne für die Belange der Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Russlanddeutschen im Beirat in NRW ein.

Heinrich Zertik

Ehem. Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender des Vereins „Freundschaft-Druschba e.V.“, stv. Vorsitzender des Landesverband des BdV NRW e.V.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IN ZEITEN DER PANDEMIE – **WICHTIGER DENN JE!**

In eigener Sache: Auch wir gehen neue Wege!

In vielen Arbeits- und Lebensbereichen stellt uns die Pandemie vor neue Herausforderungen. Aber wie heißt es so schön: Herausforderungen sind dazu da, dass man sich ihnen stellt und Lösungen erarbeitet. Dies gilt natürlich auch für die Öffentlichkeitsarbeit – egal ob Verband, Landsmannschaft oder Kultureinrichtung.

Auch der Landesbeirat und der Landesbeauftragte haben ihre Öffentlichkeitsarbeit in den letzten Monaten noch weiter verstärkt, damit in einer Zeit, in der so gut wie keine Präsenzveranstaltungen stattfinden, Themen und Anliegen weiterhin Gehör finden. Dazu zählen neben der ständigen Aktualisierung der Seiten auf der Homepage des Ministeriums des Landesbeirates, inklusive der digitalen Bereitstellung unseres Journals, und des Beauftragten unter www.mkw.nrw auch die Neukonzipierung von zwei Flyern, die sowohl in Print- als auch in digitaler Form über die Arbeit und die Aufgaben informieren.



Des Weiteren hat das Büro des Landesbeauftragten seine Arbeit im Social-Media-Bereich ebenfalls verstärkt; neben dem bereits bekannten Twitter-Account gibt es nun auch Bilder und Informationen auf Instagram, beide erreichbar unter @vabnrw (Vertriebenen und Aussiedler Büro NRW).

Unser Ziel ist es, auch in diesen speziellen Zeiten möglichst viele Menschen zu erreichen. Alle diese Inhalte werden selbstverständlich auch auf die bisher bekannte Art und Weise in Zeitschriften und Magazinen veröffentlicht. Wir hoffen, es gelingt uns weiterhin, alle Personengruppen schnell und gut zu informieren!

Alle Abbildungen: Privat

IM GESPRÄCH

MIT ...

ISABEL PFEIFFER- POENSGEN

MINISTERIN FÜR KULTUR
UND WISSENSCHAFT
DES LANDES
NORDRHEIN-WESTFALEN



Am 23. August 1946 wurde das Land Nordrhein-Westfalen gegründet. Seitdem hat sich auch die Kulturlandschaft in NRW stark verändert. Anlässlich dieses Jubiläums haben wir mit Isabel Pfeiffer-Poensgen, seit 2017 Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, über die Vergangenheit und die Zukunft der Kulturlandschaft gesprochen – insbesondere der Kultureinrichtungen im Bereich der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler.

(Foto Isabel Pfeiffer-Poensgen: MKW)

In diesem Jahr feiert unser Bundesland sein 75-jähriges Bestehen. Es gibt viele Errungenschaften, auf die wir in NRW mit Stolz blicken können. Wie ordnen Sie dabei die Kultur ein und welchen Wert hat diese für die Identität Nordrhein-Westfalens?

Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Künste und der Kultur. Es besticht durch eine der dichtesten Theater- und Orchesterlandschaften Europas. Aber auch rund 700 Museen, mehr als 1.500 Bibliotheken, eine lebendige freie Kulturszene, die unterschiedlichen Kunst- und Musikhochschulen sowie großartige Festivals wie die Ruhrtriennale und die Ruhrfestspiele lassen Kunst und Kultur aufblühen. Neben den professionellen Künstlerinnen und Künstlern wird das Kulturleben auch von den vielen Menschen getragen, die sich z. B. in der Laienmusik oder den Amateurtheatern ehrenamtlich engagieren. Das alles haben wir bei unserer Kulturförderung, die wir in dieser Legislaturperiode um 50% von 200 auf 300 Millionen Euro aufstocken, im Blick, genauso wie die Kulturelle Bildung oder die Pflege des kulturellen Erbes. Letzteres umfasst auch die Geschichte von Migration, Flucht und Vertreibung und deren Bedeutung

für die Kulturlandschaft. Die Tatsache, dass im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte viele Menschen aus unterschiedlichen Regionen Europas und der Welt hier ihre Heimat gefunden haben, ist ein Aspekt der großen Vielfalt des Landes und seiner Kultur.

Vielfalt ist ohnehin eine der Besonderheiten der hiesigen Kulturlandschaft: Sie spiegelt sich beispielsweise im Nebeneinander von ländlichen Räumen und urbanen Zentren. Und nicht zuletzt ist auch das große kommunale Engagement für die Kultur eine Besonderheit in Nordrhein-Westfalen. So tragen Städte und Gemeinden rund 70% der Gesamtkulturförderung. Klar ist, dass Nordrhein-Westfalen Heimat einer der vielfältigsten, kreativsten und kühnsten Kulturszenen Europas ist und sich in dieser Hinsicht noch weiter entwickeln wird.

NRW ist auch geprägt durch Millionen deutscher Heimatvertriebener, Aussiedler und Spätaussiedler, die hier eine neue Heimat gefunden haben. Die Landesregierung ist 2017 angetreten, die Erinnerung an Flucht und Vertreibung sowie die Kultur dieser Gruppe lebendig zu halten. Welche Maßnahmen sind seither erfolgt?

Die Landesregierung hat mit dem „Beauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern“ erstmalig in der Landesgeschichte einen direkten Ansprechpartner für diese Gruppen geschaffen. Heiko Hendriks steht in dieser Funktion in engem Austausch mit den Patenlandmannschaften der Oberschlesier und der Siebenbürger Sachsen, aber auch mit den Deutschen aus Russland, der Schlesier, der Sudetendeutschen, der Ost- und Westpreußen und vielen mehr. Er unterstützt diese bei ihren Kulturveranstaltungen und vermittelt, wo es nötig ist, zwischen ihnen, der Politik und der Verwaltung. Zugleich haben wir auch den Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen wiederbelebt, ein wichtiges Gremium für die Willensbildung dieser doch sehr heterogenen Gruppen und ein Sprachrohr zu Politik und Verwaltung.

Wichtig für die Kulturpflege der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler in NRW war auch die Erhöhung des Etats der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) von zwei Millionen Euro im Jahr 2017 auf 2,8 Millionen Euro im Jahr 2021. Uns ist nicht nur eine ideelle Unterstützung dieser Gruppen wichtig, sondern auch eine

angemessene finanzielle Unterstützung. Nur so können wir die Kultur der Siedlungsgebiete, aus denen Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler stammen, in Nordrhein-Westfalen erfahrbar machen und erhalten.

Im gesamten Land finden sich Kultureinrichtungen der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler. Welcher besondere Stellenwert kommt diesen im Gesamtgefüge der nordrhein-westfälischen Kulturlandschaft zu?

Es ist wichtig, die Kultureinrichtungen der Heimatvertriebenen und Aussiedler in NRW noch sichtbarer zu machen, denn sie repräsentieren einen besonderen Teil der Landesgeschichte. All die großen und kleinen Einrichtungen, Museen und Bibliotheken bis hin zu den vielen Heimatstuben tragen zu unserer gemeinsamen Erinnerungskultur bei. Deshalb unterstützen wir herausragende und innovative Einrichtungen, wie zum Beispiel das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold, das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen, das Haus Schlesien in Königswinter, das Westpreußische Landesmuseum in Warendorf oder das Gerhart-Hauptmann-Haus hier in Düsseldorf, um nur einige Beispiele zu nennen. Eine Maßnahme mit bundesweiter Strahlkraft, bei der wir in Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle einnehmen und die wir gerne fördern, ist das Projekt zur Digitalisierung der Bestände von Heimatstuben: Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen macht damit exemplarische Heimatstuben aus Nordrhein-Westfalen in „virtuellen Räumen“ erlebbar. So erhalten wir nicht nur Kulturgut, sondern sprechen auch jüngere Generationen in der digitalen Welt an.

Man muss aber auch sagen, dass sich insgesamt die Erinnerungsarbeit in Richtung einer stärkeren generationsübergreifenden (historisch-) politischen Bildung entwickelt hat. Deshalb wird in diesem Arbeitsfeld künftig die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung noch wichtiger. Der Transformationsprozess von der Arbeit für die Erlebnisgeneration zur erinnerungskulturellen und historisch-politischen Bildungsarbeit für die jüngere Generation ist das zentrale Element im Themengebiet „Geschichte und Bedeutung von Flucht, Vertreibung und Aussiedlung“. Ziel ist es, die Institutionen für junge Menschen interessant zu machen und diese für die Themen zu sensibilisieren.

DIGITALE ANGEBOTE IN ZEITEN DER CORONA-PANDEMIE **TEIL II**

Bereits in der letzten Ausgabe haben wir Ihnen einige digitale Kulturangebote vorgestellt, die im vergangenen Jahr durch die Initiativen von Aussiedlern und Spätaussiedlern entstanden sind. Doch die Pandemie hält an, weiterhin können keine Veranstaltungen, Feste und Gedenktage in Präsenzform stattfinden. Und so sind weitere, neue digitale Angebote entstanden, die wir Ihnen gerne vorstellen möchten:

VIRTUELLE RUNDGÄNGE DURCH WESTPREUSSEN



Auf der Homepage des westpreußischen Landesmuseums (<http://westpreussisches-landesmuseum.de/de/ausstellungen/virtuelle-rundgaenge/>) laden mehrere virtuelle Rundgänge zu verschiedenen Themen zu einer Entdeckungstour von zu Hause ein. Besucherinnen und Besucher können sich über PC, Tablet oder Smartphone beispielsweise zum Themenblock „Handel und Industrie“, der von der mittelalterlichen Hanse mit den Hansestädten Danzig, Elbing, Kulm und Thorn bis zum Industriezeitalter reicht, informieren und die entsprechende Abteilung in der Dauerausstellung virtuell besuchen. Ein weiterer Rundgang beschäftigt sich unter dem Titel „Religionen und Konfessionen“ mit den unterschiedlichen in Westpreußen vertretenen Konfessionen und ihrer Geschichte, ihrer Bauwerke und Konflikte. Neu hinzugekommen sind kürzlich weitere Rundgänge zu den Themen „Alltagskultur und Landleben“ sowie „Die Zeit vom 18. bis 20. Jahrhundert“. Tipps und Hinweise zur Nutzung der Rundgänge und zu den verschiedenen Optionen im virtuellen Raum sind auf der o.g. Homepage ebenfalls zu finden.



MBOOK FÜR RUSSLAND- DEUTSCHE KULTURGESCHICHTE

Das mBook „Russlanddeutsche Kulturgeschichte“ ist bundesweit das erste und bisher einzige digital-mediale Lern- und Arbeitsbuch zu diesem Thema. Es ermöglicht einen vertieften Einblick in die Geschichte der Russlanddeutschen sowie in das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland. Identität und Heimat, Vertreibung und Neuanfang sowie Demokratie und Diktatur stehen im Vordergrund. Das mBook bietet mit Texten, Bildern, Karten, Filmen sowie Audioaufnahmen und Zeitzeugeninterviews eine aktive und zeitgemäße Auseinandersetzung mit den jeweiligen Themen. Es ist ohne zusätzliche Software im Internet unter <https://rd.institut-fuer-digitales-lernen.de/mbook> kostenlos verfügbar. Ein zweiminütiges Video informiert unter www.youtube.com/watch?v=UO2KJLe9goQ über die Funktionen und Möglichkeiten des Mediums.

Das mbook wurde 2017 vom Institut für digitales Lernen in Zusammenarbeit mit dem Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte entwickelt und von der Landesregierung NRW gefördert.

PODCAST STEPPENKINDER

Aufgewachsen in einem sozialistischen System, Auswanderung und Neuanfang – solche und viele andere Erfahrungen vereinen Aussiedler aus postsozialistischen Staaten, die heute in Deutschland leben. Der neue Podcast „Steppenkind“ will das Spezifische der Russlanddeutschen als eine Gruppe der Aussiedler sichtbar machen. Gleichzeitig geht es den Machern Ira Peter und Edwin Warkentin darum, einer breiten Öffentlichkeit Wissen zu universellen Themen wie Identität, Erinnerungskultur, Migrations- oder Integrationserfahrung zu vermitteln. Dafür sprechen sie mit Interviewgästen aus Wissenschaft, Kultur, Politik und Wirtschaft.



Ira Peter ist Medien- und Kulturschaffende, Edwin Warkentin Kulturreferent für Russlanddeutsche am Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold. Sie gehören zur „mitgebrachten Generation“ der Russlanddeutschen, die im Kindes- und Jugendalter mit ihren Familien aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland einwanderten. Weil beide zudem wie ein Großteil der (Spät-)Aussiedler aus der kasachischen Steppe stammen, nennen sie ihren Podcast „Steppenkind“. Der Podcast und weitere Informationen sind auf der Homepage des Kulturreferats unter www.russlanddeutsche.de und auf Instagram unter [instagram.com/steppenkind](https://www.instagram.com/steppenkind) sowie über gängige Anbieter wie Spotify und iTunes kostenfrei verfügbar.

BILDUNGSFILM „EIN EUROPÄISCHER KONFLIKT. DER ABSTIMMUNGSKAMPF UM OBERSCHLESISIEN 1921“

Anlässlich des 100. Jahrestages der Volksabstimmung in Oberschlesien vom 20. März 1921 über die staatliche Zugehörigkeit der damals im äußersten Südosten gelegenen Region Preußens hat der Kulturreferent für Oberschlesien am Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen ein neues Bildungsfilmprojekt umgesetzt. Gemeinsam mit den Partnern und Co-Produzenten Landeszentrale für politische Bildung NRW, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Stiftung Haus Oberschlesien/Oberschlesisches Landesmuseum und der Filmproduktion Arche Noah wurde eine 36-minütige Dokumentation produziert, die auf der Webseite des OSLM zu finden ist (<http://www.oberschlesisches-landesmuseum.de/>). Dank der Beteiligung des Hauses für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit in Opole/Polen steht der Film auch in einer polnischen Sprachversion zur Verfügung.

Der Bildungsfilm ist reich an historischen Quellen- und Filmmaterial sowie neuen Aufnahmen

und Interviews mit Experten aus Polen und Deutschland. Neben der Erklärung der historischen Zusammenhänge und einer Einbettung in den europäischen Demokratiediskurs soll diese Filmdokumentation auch als Diskussionsgrundlage dienen und einen Beitrag für eine gemeinsame deutsch-polnische Erinnerungskultur leisten.

Der Film steht unter der Creative Commons-Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 - kein Social Media. Die Videos dürfen vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden, wenn die Stiftung Haus Oberschlesien als Lizenzgeber genannt wird. Sie dürfen nicht verändert und nicht kommerziell genutzt werden. Außerdem darf dieser Film aus-

drücklich nicht auf Soziale Medienplattformen wie z.B. YouTube, Facebook, Instagram und alle weiteren hochgeladen werden. Der Film darf nur mit dieser zusätzlichen Einschränkung der CC-Lizenz weitergegeben werden (share alike).





RUSSLANDDEUTSCHE **IM FOKUS**

Kampagne der LmDR stellt Deutsche aus Russland in NRW vor

In Deutschland leben rund 4,5 Millionen (Spät-)Aussiedler/-innen, darunter größtenteils Deutsche aus Russland, die im Zuge verschiedener gesetzlicher Abkommen zurück in ihre „historische Heimat“ eingereist sind. Die Kampagne, die durch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW gefördert wird, zeichnet mit Videobeiträgen die Lebenswirklichkeit und den gesellschaftlichen Beitrag von Deutschen aus Russland nach. Neun Protagonisten und Protagonistinnen aus acht Städten in NRW geben stellvertretend einen Einblick in ihren beruflichen und persönlichen Alltag und unterstreichen: Wir sind Teil der vielfältigen deutschen Gesellschaft und fordern unseren Platz ein.

(Alle Bilder: LmDR NRW)

Verfügbar sind alle Videos unter

[www.youtube.com/](https://www.youtube.com/results?search_query=Russlanddeutsche+im+Fokus)

[results?search_query=Russlanddeutsche+im+Fokus](https://www.youtube.com/results?search_query=Russlanddeutsche+im+Fokus)





Pauline und Elena

Instagramerinnen aus Hüllhorst

Elena und Pauline aus Hüllhorst sind in den Sozialen Medien bekannt und beliebt. Auf ihrem Instagram-Kanal gibt es nicht nur typisch russlanddeutsche Gerichte zum Nachmachen, sondern auch Fakten rund um die Minderheit – und das kann auch schon mal auf Plattdeutsch sein.

► youtu.be/VMsaEeFUx4A

Kornelius Ens

Leiter am Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

Als Leiter des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold, wünscht sich Kornelius Ens eine Auseinandersetzung mit den Themen Zuwanderung, Migration und Diversität ohne Klischees und Vorurteile. Sich mit seiner Vergangenheit zu beschäftigen, heißt für ihn nach vorne schauen.

► youtu.be/BiV-4GQPNr8



Roman Friedrich

Streetworker aus Köln

Vor 25 Jahren siedelte Roman Friedrich mit seiner Familie aus Omsk in Russland nach Deutschland um - zurück in seine historische Heimat. In seinem Beruf als Streetworker, setzt er sich für Integration und soziale Gerechtigkeit ein.

► youtu.be/53ILCwKia2A

Ewald Häring

Unfallchirurg aus Minden

Als Ewald Häring nach Deutschland kam, wurde er oft als Flüchtling wahrgenommen und musste sich erklären. Dabei ist der Unfallchirurg historisch gesehen Deutscher – Russlanddeutscher um genau zu sein.

► youtu.be/53ILCwKia2A



Johann Penner

Lehrer und Sänger aus Detmold

Als Lehrer vermittelt er Wissen an die nächsten Generationen – als Sänger will er kulturelle Vielfalt stärken. Johann Penner aus Detmold will mit seinem Wirken Ressentiments abbauen und zu einer liberalen Gesellschaft beitragen.

► youtu.be/Ao5Kr148Low



Jakob Petker

Dachdeckermeister aus Lage

Für Jakob Petker aus Lage ist eines klar: Feierabend gibt es erst, wenn die Arbeit erledigt ist – denn wie heißt es so schön: Ohne Fleiß, kein Preis. Und nach diesem Motto führt der 40-jährige Dachdeckermeister seit 19 Jahren einen eigenen Betrieb und schafft damit Arbeitsplätze.

► youtu.be/HW0weYfYQsA



Julia Lebedev

Logopädin aus Düsseldorf

Julia Lebedev aus Düsseldorf arbeitet als Logopädin und hilft Menschen ihre Sprachfähigkeiten in vollem Umfang zu erlangen. Kommunikation ist für sie die Basis für alle zwischenmenschlichen Beziehungen.

► youtu.be/Mq8jnnTGyy8



Felix Schulmeister

Polizist aus Gummersbach

Felix Schulmeister ist nur 32 Jahre jung und bereits Polizeihauptkommissar. Seinen Migrationshintergrund würde man ihm gar nicht anmerken. Dass er auch noch eine andere „Muttersprache“ hat, ist jedoch in seinem Job oft ein Vorteil.

► youtu.be/-ytPiSu5Ajc

WER SIND DIE DEUTSCHEN AUS RUSSLAND?

Deutsche aus Russland, die jetzt nach Deutschland kommen oder bereits seit einigen Jahrzehnten hier leben, sind fast ausschließlich Nachkommen der zur Zeit der Zarin Katharina II. (1729–1796) und ihres Enkels Alexander I. (1777–1825) aus deutschen Ländern nach Russland ausgewanderten Menschen – Hessen, Schwaben, Pfälzer, Bayern und andere.

In die Regentschaft der beiden Zaren fallen die drei wichtigsten Auswanderungswellen aus Deutschland nach Russland, der Zug an die Wolga (ab 1764), der Zug an den Dnjepr (ab 1789) und der Zug ans Schwarze Meer (ab 1803). Die ursprüngliche Ansiedlung von Deutschen in Sibirien und Mittelasien erfolgte später. Sie wurde vor allem um die Jahrhundertwende 1900 notwendig, als das Land für die Deutschen im europäischen Russland knapp geworden war. Eine besondere Gruppe bildeten die Wolhyniendeutschen, die sich zu verschiedenen Zeiten im 19. Jahrhundert in polnisch-russischen Grenzregionen niederließen.

Bereits im 18. Jahrhundert, insbesondere aber im 19. Jahrhundert, entstanden blühende deutsche

Kolonien im Russischen Reich, deren Bewohner es dank ihres Fleißes zu einem beachtlichen Wohlstand brachten.

Grundlegend änderte sich die Situation für die Russlanddeutschen nach der Oktoberrevolution, als sie noch stärker als andere Völker der Sowjetunion unter dem Stalinismus zu leiden hatten. Nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges am 22. Juni 1941 erreichte der in seiner Härte und Grausamkeit unvorstellbare Opfergang der Russlanddeutschen seinen tragischen Höhepunkt. Repressionen, Diskriminierungen, Verfolgungen, Zwangsarbeit, Lagerhaft und Vertreibungen brachten Hunderttausenden von ihnen den Tod. Die anderen leben zumeist – wenn sie nicht den Weg der Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland gewählt haben bzw. ihn wählen durften – auch heute noch in nicht-europäischen Gebieten Russlands, in Kasachstan oder anderen mittelasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, weit entfernt von ihren ursprünglichen Siedlungsgebieten.

Quelle:

<https://lmdr.de/wer-sind-die-deutschen-aus-russland/>

HEIKO HENDRIKS GIBT STARTSCHUSS FÜR DIE KAMPAGNE

In einem gemeinsamen Online-Event über Zoom wurde bereits am 10. März 2021 der Startschuss für die Kampagne gegeben. Neben Einspielern aus den einzelnen Videos kamen auch einige der Protagonisten und Protagonistinnen zu Wort und es fand ein reger Austausch zur Bedeutung der Kampagne für die Deutschen aus Russland statt. Heiko Hendriks eröffnete die Kampagne mit den Worten: „Die Kampagne ist sehr professionell gemacht und es ist aus meiner Sicht sehr klug, anhand von Menschen Geschichte und Erlebnisse zu transportieren, und damit auch die Geschichte der Deutschen aus Russland sowie auch ihre individuellen Geschichten bekannter zu machen.“



IM GESPRÄCH

MIT ...

RAINER LEHNI

Bundesvorsitzender des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland e.V. und Landesvorsitzender NRW: „Herausforderungen für die Siebenbürger Sachsen in diesem Jahrzehnt“

Der Bundesverband der Siebenbürger Sachsen feierte im Jahr 2019 sein 70-jähriges Bestehen, und auch die Landesgruppe NRW blickt in diesem Jahr bereits auf eine 70-jährige Geschichte zurück. Nordrhein-Westfalen hat seit vielen Jahren eine besonders enge Verbindung zu den Siebenbürger Sachsen: 1957 übernahm die nordrhein-westfälische Landesregierung die Patenschaft für die Siebenbürger Sachsen bundesweit. Mit Rainer Lehni, der zusätzlich zu seinem langjährigen Engagement für die Landesgruppe NRW in 2019 auch zum Bundesvorsitzenden des Verbandes gewählt wurde, wagen wir einen Blick in die Zukunft: Welche Herausforderungen stellen sich einem Verband mit einer so langen Geschichte und so vielen engagierten Mitgliedern in den 2020er Jahren? Und wie lassen sich dabei Traditionsbewusstsein und Modernisierung verbinden?



Rainer Lehni, Bundesvorsitzender der Siebenbürger Sachsen
(Foto: Rainer Lehni)

ZUR PERSON

1972 in Zeiden geboren, besuchte **Rainer Lehni** das Lyzeum in Zeiden sowie das Honterus-Gymnasium in Kronstadt. Nach der Aussiedlung mit der Familie 1989 folgten Stationen in Bayern, Baden-Württemberg und seit 2006 in Nordrhein-Westfalen. Heute arbeitet Lehni hauptberuflich als Beamter bei einer Bundesbehörde in Köln. Aktiv ist er im Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland seit 1993, u. a. als Bundesjugendleiter der Siebenbürgisch-Sächsischen Jugend in Deutschland (SJD) 2001 bis 2010, als Landesvorsitzender des Verbandes in NRW seit 2010 und als Bundesvorsitzender seit 2019.

Herr Lehni, Sie kennen den Verband der Siebenbürger Sachsen sowohl aus der Perspektive des Landes- als auch des Bundesverbandes. Welche besonderen Aufgaben bzw. Herausforderungen sehen Sie für den Verband in den kommenden zehn Jahren?

Die besondere Herausforderung für die nächsten Jahre sehe ich im Einbinden der jungen Generation in unseren Verband. Es ist die erste Generation, die nicht mehr in Siebenbürgen geboren ist, und daher unter ganz anderen Bedingungen aufgewachsen ist. Mehr und mehr werden diese jüngeren Landsleute in unsere Verbandsarbeit eingebunden. Aus ihren Familien bringen diese ihre dort weitervererbten Traditionen und Werte mit, die sie in unserem Verband umsetzen können. Selbstverständlich besteht bei uns nicht alles nur aus Tracht und Volkstanz. Es ist die gute Mischung aus Tradiertem und neuem Zeitgeist, die uns einen solchen Schub in der Jugendarbeit aber auch im Gesamtverband beschert. In diese Richtung arbeiten wir weiter und freuen uns über jeden jungen Menschen, der zu unserem Verband neu hinzukommt. Nur zusammen können wir dafür Sorge tragen, dass wir auch in zehn Jahren ein so kräftiger Verband sind wie heute.

Perspektivisch betrachtet: Wird die Frage der Kooperationen mit anderen Verbänden aus dem Vertriebenen- und Aussiedlerbereich eher bedeutender oder unbedeutender?

Die im Bund der Vertriebenen vereinten Landsmannschaften sind historisch sehr unterschiedlich behaftet und gewachsen. Auch wenn



Siebenbürgisch-sächsische Tanzgruppen beim Heimattag in Dinkelsbühl 2009 (Foto: Christian Melzer)



V. r. n. l.:
Rainer Lehn
gemeinsam mit
der damaligen
Bundesvorsit-
zenden Hertha
Daniel und dem
NRW-Aussiedler-
beauftragten
Heiko Hendriks
im März 2018
(Foto: MKW)

es unseren Verband seit mehr als 70 Jahren gibt, sind wir heute ein junger Verband und sind mit vielen der „alten“ Landsmannschaften gar nicht vergleichbar. Selbstverständlich arbeiten wir aber auch mit anderen Verbänden aus dem Ausiedler- und Vertriebenenbereich zusammen. Oft sind das gemeinsame Aktionen, die ganze Landsmannschaften betreffen, wie das gemeinsame Vorgehen der Banater Schwaben, Deutschen aus Russland und Siebenbürger Sachsen für die Beseitigung der Ungerechtigkeiten bei den Kürzungen im Fremdrentenrecht von Mitte der 1990er Jahre.

Welche Rolle spielt für den Verband insgesamt die Arbeit im europäischen Kontext? Gibt es hier bereits Ideen für neue Projekte? Wo liegen die größten Herausforderungen für die Zukunft?

Wir Siebenbürger Sachsen haben in Siebenbürgen jahrhundertlang mit anderen Völkern zusammengelebt. Mit diesem Hintergrund sehen wir Siebenbürger Sachsen uns tatsächlich auch als europäische Brückenbauer zwischen allen Ländern, in denen wir heute verstreut leben.

Im Jahr 2017 gab es ein großes Sachsentreffen in Hermannstadt, zu dem sich rund 15.000 Landsleute aus aller Welt nach Siebenbürgen aufmachten. Das nächste ähnlich große Treffen soll jetzt 2022 stattfinden. Ein großes Ziel solcher Treffen ist, unsere alte Heimat unseren jüngeren, nicht mehr in Siebenbürgen geborenen Landsleuten näher zu bringen. Die größte Heraus-

forderung in diesem Kontext ist das Heranführen unserer jungen Generation an die europäische Region Siebenbürgen. Dafür sind solche Treffen ideal.

Nach wie vor leben viele Siebenbürger Sachsen in der „alten“ Heimat, auch wenn die Gruppe über die Jahre kleiner geworden ist. Wie schätzen Sie die Situation der deutschen Minderheit in Siebenbürgen heute ein?

Die Zahl der Siebenbürger Sachsen heute in Siebenbürgen ist klein geworden. Dennoch spielen sie in den von ihnen bewohnten Gebieten Siebenbürgens eine große Rolle. Nicht nur, dass die Städte und Dörfer, die von ihnen gegründet wurden und bis in die Gegenwart von ihnen bewohnt werden, ihren siebenbürgisch-sächsischen Charakter bis heute bewahrt haben. Auch das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien bzw. Siebenbürgen sowie die deutschsprachige Evangelische Kirche A.B. in Rumänien sind heute weit geachtete Institutionen. Das deutschsprachige staatliche Schulwesen in Siebenbürgen, in dem mittlerweile rund 95 % der Schüler nicht deutsche Muttersprachler sind, trägt weiterhin zum Bewahren der deutschen Kultur in Siebenbürgen bei. Nicht zuletzt auch die Wahl und Wiederwahl des Siebenbürger Sachsen Klaus Johannis 2014 und 2019 zum rumänischen Staatspräsidenten beweist das gute Ansehen der deutschen Minderheit im heutigen Rumänien.

JAHRESTAGUNG DER FRAUEN- REFERENT- INNEN DES VERBANDES DER SIEBENBÜRGER SACHSEN

VON KARIN ROTH

Ende März 2021 fand die Online-Tagung des Landesfrauenreferats NRW des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland statt. Eingeladen hatte die Vorsitzende Karin Roth zu dieser Veranstaltung – als Alternative zu den bereits seit über einem Jahr stark eingeschränkten kulturellen Aktivitäten.

Fast alle nordrhein-westfälischen Kreisgruppen waren der Einladung gefolgt, so dass die Vertreterinnen den Nachmittag für einen regen Austausch nutzen konnten.

Besonders freuten sich die Teilnehmerinnen über die Anwesenheit der Bundesfrauenreferentin Christa Wandschneider. Der Vorstand der Landesgruppe NRW war vertreten durch die Kulturreferentin Heike Mai-Lehni und die Vorsitzende der Vereinigten Chöre Gerda Gusbeth. Nach der herzlichen Begrüßung und einem Online-Anstoßen „Half Gott“ sprach Christa Wandschneider ein Grußwort. Sie betonte, wie wichtig die Rolle der Frauen bei der Kontaktpflege sei. In Zeiten der Corona-Krise fehle zwar allen der Kontakt, doch dank der Online-Angebote und der sozialen Medien gebe es zahlreiche neue Möglichkeiten. Sie wünschte den Frauen weiterhin gute Impulse für die Arbeit und das Ehrenamt und lud alle Frauen herzlich zur Bundesfrauen-tagung im September 2021 nach Bad Kissingen ein - in der Hoffnung, dass diese dann in Präsenzform stattfinden kann.

Karin Roth trug nun das – mit Motiven aus Siebenbürgen hinterlegte – Gedicht „Der 13-te Monat“ von Erich Kästner vor. Nach einem Jahr mit allerhand Einschränkungen sollte es dazu anregen, sich die schönen Dinge des Lebens zu vergegenwärtigen und sich einen Monat mit all dem auszumalen, das unsere Erinnerungen, Wünsche und Träume zusammenfasst.

Reihum berichteten die Frauen, wie es ihren Gruppen im letzten Jahr ergangen war: Alle mussten die schönen Pläne, die sie Anfang des Jahres gemacht hatten, verwerfen und die meisten Veranstaltungen absagen. Einiges konnte



Das NRW-Frauenreferat der Siebenbürger Sachsen kochte Ghee während der virtuellen Tagung (Foto: Karin Roth)

Bei der Herstellung von **Ghee** verdunstet das Wasser, das Eiweiß setzt sich ab und wird abgeseiht, so dass reines Butterfett übrigbleibt. Es enthält keine Laktose mehr und ist daher wesentlich bekömmlicher als normale Butter. Außerdem ist es ein gutes **Heilmittel** für raue Hände oder Füße und lässt rissige Stellen schnell verschwinden. Richtig angewendet führt es auch zu einer deutlichen Verbesserung der Herz-Kreislauf-Verfassung, kann die Cholesterinwerte senken und wirkt gegen trockene Gelenke.

jedoch dennoch stattfinden, z.B. erinnerte Gretl Hauptkorn an eine Fahrradtour in Mönchengladbach oder Wanderungen auf dem Rotweinwanderweg und durch den Schwerter Wald.

Nach der Diskussionsrunde wurde der Hinweis auf den „Tag der Poesie“ spontan von Gerlinde Zach aufgegriffen, die das Gedicht „Reine Handarbeit: Wir stricken unser Leben ...“ von Kristiane Allert Wybranietz vorlas.

Der zweite Programmpunkt der Tagesordnung ließ die Teilnehmerinnen besonders aktiv werden. Zunächst erinnerte Karin Roth daran, dass im vergangenen Jahr eine große Veranstaltung unter dem Titel „Kulinarische Wanderung nach und durch Siebenbürgen“ geplant gewesen war, die ja leider aufgrund der aktuellen Situation hatte abgesagt werden müssen. In der Ankündigung hieß es seinerzeit:

„Die Veranstaltung befasst sich mit weiten Bereichen unserer (Ess-) Kultur. Der kulinarische Aspekt soll durch die Referentin Karin Schuller, die siebenbürgische Küche und ayurvedisches Wissen verbindet, betont werden. Wir werden feststellen, dass in Siebenbürgen bereits früher genau unter den in der ayurvedischen Küche propagierten Aspekten – mit z.B. allerlei Gewürzen sowie regional und saisonal – gekocht wurde, und so die siebenbürgische Küche ganz neu entdecken.“

Die Ayurveda-Ernährungsberaterin Karin Schuller aus Dra-
benderhöhe gab zunächst eine kleine Einführung in die ayurvedische Küche. Ayurveda bedeutet großes Wissen über Heilung – wobei Ziel die Heilung über Ernährung und Kuren ist. Dann informierte sie über „Ghee“ – der Ayurveda-Begriff für geklärte Butter.

Unter ihrer Anleitung stellten die Teilnehmerinnen nun selbst Ghee her. Während des Köchels informierte die Referentin, dass der menschliche Körper auch die herben Stoffe benötige, um die Leber anzuregen. Als Beispiele führte sie z.B. Curcuma und Rhabarber an. Im Frühjahr sind junge Kräuter wie Bärlauch, Löwenzahn und Rucola besonders gute Geschmacksträger. Eine Mischung aus Ghee, Curcuma, Honig und Pfeffer sporne die Leber an und helfe gegen Entzündungen. Täglich zwei Kaffeelöffel dieser Mischung wirkten antiseptisch.

Während das Ghee abkühlte, las Gretl Hauptkorn das Gedicht „Die besten Eier“ von Karl Gustav Reich vor. Darin wird Reinhardt aus Schäßburg von seiner Mutter auf den Markt geschickt, um die besten Eier für die Hanklich zu kaufen. Zum leckeren Essen passte auch das Lieblingsgedicht von Agathe Wolff: Sie trug die „Ballade auf die Schokolade“ von Christina Bruderrick vor.

Zwischenzeitlich war das Butterfett fertig geworden und jede Teilnehmerin konnte das Ergebnis in Gläser abfüllen. Karin Roth bedankte sich herzlich bei Karin Schuller für die zahlreichen und kurzweiligen Informationen. Zum Abschluss der fröhlichen und entspannten Sitzung trug Brita Kirschner das Frühlingsgedicht „Er ist's“ von Eduard Mörike vor.

Nach diesem abwechslungsreichen Nachmittag stellten die Teilnehmerinnen fest: Auch online kann ein geselliges Treffen stattfinden. Dennoch verabschiedeten sich die Frauen mit der Hoffnung, dass im kommenden Jahr wieder persönliche Treffen möglich sein werden.



In Siebenbürgen war Ghee als „gebratene Butter“ bekannt. Dort wurde sie zum Braten und Backen benutzt – zum Beispiel für die **Eierhanklich**, die zu Ostern gereicht wurde.

Fotos: Karin Roth (links),
Heike Mai-Lehni (rechts)



NEUE BÜCHER

KATHARINA MARTIN-VIROLAINEN: „IM LETZTEN ATEMZUG“

BUCHVORSTELLUNG VON NINA PAULSEN

„Heimat kann überall sein. Wir entscheiden mit unserem Herzen, wo diese ist.“ Dass diese Erkenntnis, wie viele andere auch, verschlungene Wege hatte, davon handelt das Erstlingswerk der russlanddeutschen Autorin Katharina Martin-Virolainen. Das Buch, das 2019 im ostbooks Verlag in Herford erschienen war, ist eine Sammlung meist autobiografisch angehauchter Kurzgeschichten, die sich mit der tragischen Geschichte und der schwierigen Identitätsfindung der Deutschen aus Russland beschäftigen.

In einigen Kurzerzählungen versucht die Autorin sich in die Schicksale der eigenen Vorfahren oder anderer Russlanddeutscher in Extremsituationen zu versetzen und ihre Gefühlswelt nachzuempfinden. Dabei geht es um das Leid während der Deportation oder Flucht, die Hölle des Gulags oder der sibirischen Verbannung.

Für ihr Debütwerk „Im letzten Atemzug“ wurde Katharina Martin-Virolainen im Jahr 2020 mit dem Förderpreis des Russlanddeutschen Kulturpreises des Landes Baden-Württemberg in der Kategorie Literatur ausgezeichnet.

Im letzten Atemzug

ostbooks Verlag;

ISBN: 978-3-

947270064;

Preis: 11,00 EUR;

158 Seiten;

www.ostbooks.de



NEUERSCHEINUNG

KATHARINA MARTIN-VIROLAINEN: „DIE STILLE BEI NEU-LANDAU“

BUCHVORSTELLUNG VON NINA PAULSEN

Salat „Olivier“ zu Feiertagen, russische Musik im Auto oder Vaters geliebte Jogginghosen-Kollektion: All das hätte Julia als Kind am liebsten aus ihrem Leben verbannt. Die krampfhaften Versuche, ihre Eltern „umzuerziehen“, sind immer wieder kläglich gescheitert. Trotz ihrer Anstrengungen, sich bestmöglich anzupassen, stellt Julia immer wieder fest, dass sie und ihre Familie anders sind – und es immer bleiben werden.

Im Erwachsenenalter gerät Julia erneut in eine Identitätskrise. Unter den alten Sachen ihrer bereits verstorbenen Großmutter stößt sie auf einen leeren Umschlag, der Fragen zu ihrer Familiengeschichte aufwirft. Julia wendet sich an ihre Großtante Margarethe und stellt plötzlich fest, dass sie so gut wie nichts über das dornenreiche Leben ihrer Großmutter weiß.

„Die Alten reden nicht, die Jungen hören nicht zu“ – der auf dieser Aussage basierende Generationenkonflikt dauert in vielen russlanddeutschen Familien seit Jahrzehnten an. Der Roman „Die Stille bei Neu-Landau“ möchte dazu beitragen, diese unsichtbare Mauer zwischen den Generationen zu durchbrechen und beide Seiten einander näher zu bringen.



Die Stille bei Neu-Landau

ostbooks Verlag;

ISBN: 978-3-947270132

Preis: 12,00 EUR;

212 Seiten;

www.ostbooks.de

MEMELLANDGESCHICHTEN IM DOPPELPAK

BUCHVORSTELLUNGEN VON LOTHAR ROSENBERG

LOTHAR ROSENBERG: „ABER OLGA, DU BIST JA GANZ AUFGERUSCHELT“

Zweiundzwanzig illustrierte Memellandgeschichten aus der Zeit 1914 bis 1945 rühren eine frühere durchaus bunte Welt an:

Ein versehentlicher Schuss, ein diebischer Knecht, der Großvater im Dorfkrug und sein Pferd Olga, Schulstreit, Grenzschnuggel, Hildegards Schokoladenhase, Gefahren des Moores, Schweinehandel, Herberts Tesching und etliche Zwischenfälle mit Pferden.

Die gut lesbaren Geschichten sind notiert „wie erzählt“ und spielen in den Landkreisen Memel sowie Heydekrug auf dem Land – Prökuls, Meeseln, Wensken, Ramutten, Eydaten.

(Zum dörflichen Kontext:
<http://wiki-de.genealogy.net/Meseln>)

Aber Olga, du bist ja ganz aufgeruscht

Illustrationen: Jenny Rosenberg;
Preis: 10,00 EUR;
Taschenbuch 120 Seiten



LOTHAR ROSENBERG: „UM HAUS UND HOF“

In dem 2021 neu erschienenen Band „Memellandgeschichten (2)“ werden fünfzehn Erzählungen ergänzt durch Fotos und Skizzen zur Dokumentation des Rosenberg-Hofs in Meeseln bei Prökuls.

Zudem finden sich im dritten Teil des Bandes idealtypische Lebensläufe von Erna Gehlhaar aus Rastenburg sowie der Brüder Herbert und Hugo Rosenberg. Somit wird hier neben den Alltagsgeschichten deutlich, was an Grund und Boden oder „Haus und Hof“ dagewesen ist. Dank der kurzen Blicke in Lebensläufe wird ansatzweise klar, wie unterschiedlich persönliche Lebensgeschichten von Heimatvertriebenen nach Kriegsende weitergegangen sind.



Um Haus und Hof

Illustrationen: Jenny Rosenberg;
Preis: 12,00 EUR;
Taschenbuch 132 Seiten

Beide Werke sind mit ISBN-Nummer gelistet im Verzeichnis lieferbarer Bücher VLB.

Bestellungen gern direkt:
lothar.rosenberg@t-online.de oder via Website
des Autors: www.rosenberg-fachbuecher.de
Kein Risiko; Bezahlung erst nach Erhalt.



Das Museum in der
Abenddämmerung
(Foto: MKW)

SERIE KULTUREINRICHTUNGEN IN NRW – TEIL V:

DAS OBERSCHLESISCHE LANDESMUSEUM

Wir möchten Ihnen heute eine weitere wichtige Einrichtung aus der reichhaltigen Kulturlandschaft der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler vorstellen. In Ratingen bietet das Oberschlesische Landesmuseum nicht nur Besucherinnen und Besuchern mit oberschlesischem Hintergrund eine lohnenswerte Anlaufstelle.

Wir bleiben diesmal ganz in der Nähe der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt und begeben uns nach Ratingen im Kreis Mettmann, wo das Oberschlesische Landesmuseum unter der Museumsleitung von Andrea Perlts aktuelle Themen zu Kunst, Kultur und Traditionen aufgreift, die für alle an Geschichte und Kultur Interessierten sehens- und erlebenswert sind.

Dauerausstellung und Sonderausstellungen

Im Zentrum steht die vielfältige und wechselvolle Geschichte Oberschlesiens als Teil der deutsch-europäischen Geschichte. Vor allem die inhaltlichen Bezüge zu Zeitgeschichte und Gegenwart machen den Reiz des Museums aus, darunter unter anderem die Themenkomplexe Flucht und Vertreibung, die freiwillige Über- und Aussiedlung der Deutschen aus dem heutigen Polen in den 1980er Jahren

sowie die gegenwärtige Situation der deutschen Minderheit, den so genannten Heimatvertriebenen, im heutigen Oberschlesien. Verstärkt im Fokus stehen seit einiger Zeit auch die Arbeit mit Zeitzeugen aus dem Bereich der deutschen Heimatvertriebenen und die Sicherung von persönlichen Erfahrungsberichten, um sie für die nachfolgenden Generationen zu bewahren.

Für alle Altersstufen gibt es angepasste Vermittlungsangebote zu den Sonder- und Wanderausstellungen sowie zur Dauerausstellung. Auch den Schulen wird ein vielfältiges Rahmenprogramm geboten, das die Verbesserung der Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in der historisch-politischen Bildung in den Vordergrund stellt. Fachlich Interessierten bietet das „Podium Silesia“, eine vierteljährliche Veranstaltung des Kulturreferenten für Oberschlesien, Dr. David Skrabania, eine Plattform des Wissensaustausches.

Internationale Zusammenarbeit auf dem Vormarsch

Zum diesjährigen Jubiläum „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ schreibt das OSLM die grenzüberschreitende Zusammenarbeit groß. Gemeinsam mit dem Kulturreferenten für Oberschlesien und dem Muzeum Górnośląskie in Beuthen (Bytom) wird zurzeit das Projekt „Jüdische Spuren: Von der Synagoge zum Gebetshaus in Beuthen“ realisiert. Es entstehen eine Sonderausstellung und ein Bildungsprojekt, das sich dem wichtigen Thema des Antisemitismus und dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus widmet.



Modell der Schrotholzkirche in Lubowitz (Łubowice), der Taufkirche von Joseph von Eichendorff



An- und Durchblicke im Museum, hier zum Thema Gedenken an die Freiheitskriege

Der 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien ist ein weiteres Jubiläum, welches wir im Jahr 2021 begehen. Hier steht ebenfalls die internationale Zusammenarbeit mit Dritten im Zentrum. Das OSLM widmet diesem Ereignis eine Sonderausstellung, kuratiert vom Kurator Zbyszek Gołasz aus Gliwicz (Gliwice) sowie eine internationale Konferenz im Juni 2021. Die Stiftung Haus Oberschlesien als Trägerin des Museums lädt dazu gemeinsam mit dem Kulturreferenten für Oberschlesien renommierte Wissenschaftler aus der ganzen Welt ein.

2021 – ein Jahr des Umbruchs

Das Jahr 2021 steht für das Oberschlesische Landesmuseum wie kaum ein anderes als ein Jahr der vielen Umbrüche – inhaltlich, organisatorisch und personell. Unter der zum Januar 2021 neu angetretenen Direktorin Andrea Perlth werden auch neuartige Wege eingeschlagen, um das Museum zukunftsfähig zu machen: Ein modernes Corporate Design, ein aktuelles Inventarisierungsprogramm, die Aufarbeitung des digitalen Auftritts – von der Homepage bis hin zu Social Media – alle Bereiche im Museum erhalten ein „Update“. Doch vor allem die Neukonzeptionierung der Dauerausstellung ist bemerkenswert und verdient Beachtung. Dieses Mammutprojekt, das sowohl inhaltlich als auch baulich einige Änderungen mit sich bringen wird, gründet auf einem neuen Selbstverständnis des OSLM und der Stiftung Haus Oberschlesien. Als Zentrum für europäische Begegnung und Verständigung soll der bereits bestehende Dialog zwischen den Ländern weiter angeregt und das kulturelle Erbe Oberschlesiens und der angrenzenden Gebiete in moderner Form einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Zurzeit steht man noch am Anfang des Projekts. Auf die weiteren Entwicklungen darf man also sehr gespannt sein!

HEIKO HENDRIKS war bereits mehrfach zu Gast in dem Museum. „Das Museum bietet sowohl mit seiner Dauerausstellung, aber auch insbesondere mit seinen immer wieder spannenden Sonderausstellungen die Chance, tief in die Geschichte Oberschlesiens einzutauchen. Diese Chance sollte man nutzen!“



Heiko Hendriks am Modell der Stadt Patschkau (Paczków), das die Siedlungsgeschichte Oberschlesiens mustergültig erklärt



**OBERSCHLESISCHES
LANDESMUSEUM**

Bahnhofstraße 71
40883 Ratingen (Hösel)
Telefon: 02102 965-0
E-Mail: info@oslm.de

www.oberschlesisches-landesmuseum.de

Träger des OSLM ist die Stiftung Haus Oberschlesien, deren Vorstandsvorsitzender Sebastian Wladarz ist. Das Museum wird seitens des Landes NRW institutionell gefördert.



IM GESPRÄCH

MIT ...

ANDREA PERLT

Direktorin des Oberschlesischen
Landesmuseums

Sie sind seit Januar 2021 Direktorin im Oberschlesischen Landesmuseum und haben sich schon viel auf die Agenda gesetzt. Das OSLM entdeckt sich neu – was ist darunter zu verstehen?

Oberschlesien bietet eine große Themenvielfalt. Die Potenziale der Sammlung, der Ausstellungsräume und der internationalen Vernetzung neu zu denken und zu entfalten, ist perspektivisch ein völlig neuer Aufschlag für das Museum. Dies erstreckt sich auf die Dauerausstellung, auf ein neues Vermittlungskonzept, auf eine Digitalisierungsstrategie und auf ein modernes Museumsmarketing. Wir möchten das Museum zukunftsfest aufstellen. Dabei ist natürlich die Konzipierung einer neuen Dauerausstellung ein Großvorhaben, das sehr ambitioniert ist, aber auch einen kreativen und innovativen Prozess in Gang setzt, die Geschichte mit moderner Technik neu aufzubereiten und viel anschaulicher zu vermitteln als bisher.



Die neue Direktorin
des Oberschlesischen
Landesmuseums,
Andrea Perlth
(Foto: MKW)

ZUR PERSON

Die 1984 in der Prignitz geborene Betriebswirtin und Historikerin hat ab 2004 studienbegleitend einige Jahre in einer Großbank in Frankfurt am Main gearbeitet, bevor sie bereits während ihres zweiten Studiums der Geschichte und Ethnologie in Freiburg im Breisgau erstmals als studentische Mitarbeiterin im Uniseum Museumsluft geschnuppert hat.

Von 2011 bis 2015 war sie dann Leiterin des neu gegründeten historischen Wegemuseums in Wusterhausen (Brandenburg). Ab 2015 war Andrea Perlth als stellvertretende Direktorin und Verwaltungsleiterin des renommierten Wilhelm Lehmbruck Museums in Duisburg tätig, bevor sie am 1. Januar 2021 zur Direktorin des OSLM in Ratingen berufen wurde.



Welchen Stellenwert hat dabei die Kooperation mit anderen Häusern?

Eine gute Einbindung des Museums in das museale und kulturelle Netzwerk ist elementar wichtig. Dazu gehört natürlich auch, die Zusammenarbeit mit ähnlichen Kultureinrichtungen in NRW, zum Beispiel dem Haus Schlesien, dem Westpreußischen Landesmuseum, dem Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte, dem Gerhart-Hauptmann-Haus und der Martin-Opitz-Bibliothek, noch weiter zu intensivieren.

Stichwort digitales Museum: Wie begegnet das OSLM den aktuellen Herausforderungen während der Pandemiezeit?

In den letzten Wochen haben wir unser digitales Angebot stark ausgebaut, um unser Publikum auch im digitalen Raum für ober-schlesische Themen zu begeistern. Unsere neue Sonderausstellung „Polen oder Deutschland? Oberschlesien am Scheideweg“ haben wir im März digital eröffnet. Auch der zugehörige Bildungsfilm, auf unserer Homepage abrufbar, findet sehr großen Anklang. Demnächst starten wir mit Onlineführungen. Unsere zweitägige internationale Konferenz im Juni werden wir als Livestream anbieten und so vielen Interessierten ortsunabhängig zugänglich machen. Daneben arbeiten wir aber auch an der digitalen Erschließung und öffentlichen Bereitstellung unserer Sammlung.

Was können wir in diesem Jahr sonst noch vom OSLM erwarten?

Unsere zweite große Sonderausstellung „Bewegte Leben. Oberschlesische Persönlichkeiten“ werden wir im Frühjahr eröffnen. „Bewegte Leben“ präsentiert spannende Lebensgeschichten, Wege und Lebenswerke von rund 30 ober-schlesischen Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Technik, Literatur und Kunst, Wirtschaft und Politik, von denen wir heute mehr denn je lernen können. Unsere Besucher erwartet also ein vielfältiges Ausstellungs- und Bildungsprogramm.

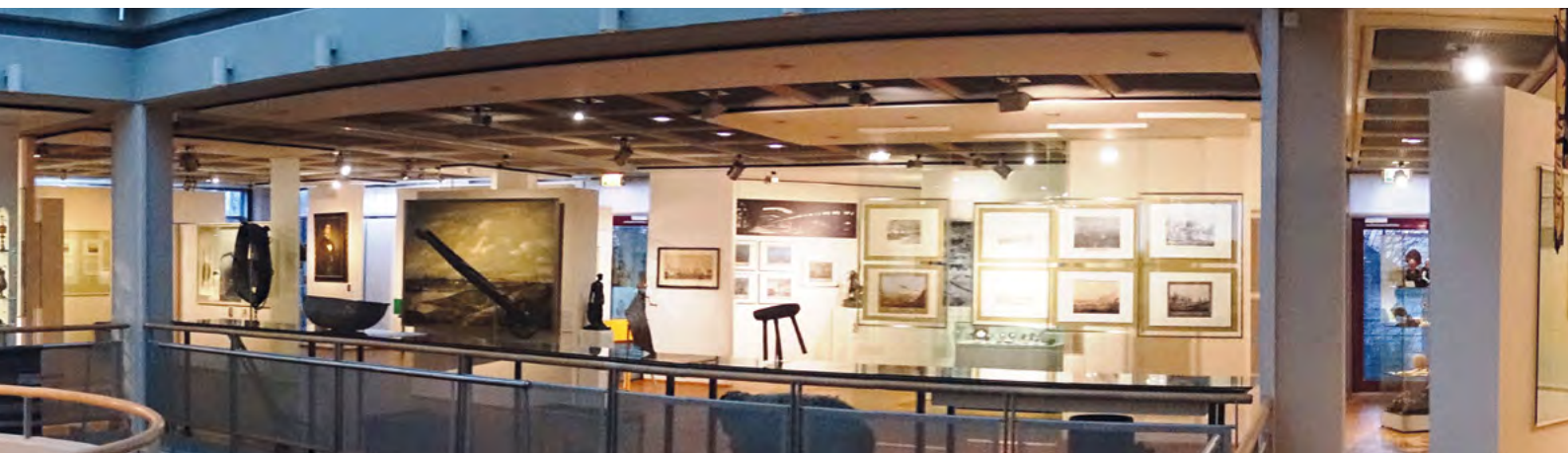
ZUM NEUEN LOGO DES OBERSCHLESISCHEN LANDESMUSEUMS

Das OSLM gibt sich ein neues Corporate Design. Das neue Logo ist eine Synthese der Elemente des ober-schlesischen Wappens und der Frontansicht des Museumsgebäudes. Diese Synthese schafft es, die historischen Bezüge zur Zielregion mit dem gegenwärtigen Museumsstandort in Ratingen neu zu arrangieren und auf eine moderne und frische Art und Weise zu kombinieren.



**OBERSCHLESISCHES
LANDESMUSEUM**

Panoramaansicht innen (Foto: MKW)





DIE LANDSMANNSCHAFT DER OBERSCHLESIER **WIRD 70!**

Ein etwas anderer Geburtstagsgruß

VON CHRISTOPH MARTIN LABAJ, KULTURREFERENT DER LANDSMANNSCHAFT
DER OBERSCHLESIER

Am 4. Dezember 1950 wurde die Landsmannschaft der Oberschlesier e.V. in München geboren, ein „Kind“ der Auswirkungen von politischen und territorialen Beschlüssen, welche nach dem 2. Weltkrieg zustande gekommen sind.

Das „Kind“ interessierte sich von Beginn an für ober-schlesische Kultur, Geschichte, Politik und war den Menschen und ihren Schicksalen sehr zugeneigt. Es war sehr lebhaft und setzte sich von Beginn an gemeinnützig für seine große ober-schlesische Familie und ihr Erbe grenzüberschreitend ein. Der Weg, den es beschritt, war steinig und schwer. Dabei waren ihm Familie und Freunde stets behilflich. Das „Kind“ wies starke Charaktereigenschaften auf, war aber auch ein emotionales Wesen. Besonders die Familienfeiern, die Oberschlesiertreffen, sorgten hin und wieder für Freudentränen.

Mit 14 wurde das „Kind“ „getauft“. Seine „Pateneltern“ ist das schöne Land Nordrhein-Westfalen. Mit seiner Unterstützung konnte die Bestimmung der Landsmannschaft umso effizienter verwirklicht werden.

Dafür brauchte sie Verstärkung, die bald kommen sollte. Mit 20 wurde die Landsmannschaft ein „Elternteil“: die Stiftung Haus Oberschlesien wurde 1970 geboren. Die historische und wissenschaftliche Institution baute im Alter von 13 Jahren 1983 ein Domizil auf, das Ober-schlesische Landesmuseum in Ratingen.

Heute sind beide „Kinder“ erwachsen geworden und gemeinsam tätig, das Kulturerbe Oberschlesiens an ihre ganz große Familie, Europa, heranzutragen und dort zu verwurzeln.

Mit jeweils 70 und 50 Jahren sind die Landsmannschaft und die Stiftung noch lange nicht alt – nein – sie sind erfahren, dynamisch und innovativ. An dieser Stelle bedanken sich beide bei allen, die in den Jahren mitgewirkt und den Oberschlesiern immer zur Seite gestanden haben.

In diesem Sinne, Glück auf!

IMPRESSIONEN AUS 70 JAHREN



Oben:
Mitglieder der Kreisgruppe Nürnberg 2016 beim Festzug der 55. Langwasser-Kirchweih

Links (von oben links im UZS):
Dr. Herbert Czaja (CDU), 1990, ehemaliger Bundesvorsitzender (1965–1968) und Sprecher (1969–1995) der LdO
Bundesvorsitzender Dr. Otto Ulitz, 1964, zusammen mit NRW Ministerpräsident Franz Meyers bei der Verleihung der Patenschaftsurkunde in Düsseldorf;
Kanzleramtsminister Friedrich Bohl 1991 zusammen mit dem Bundesvorsitzenden Klaus Plaszczek (Bildmitte) und weiteren Vertreterinnen und Vertretern der Landsmannschaft der Oberschlesier im Bundeskanzleramt

(Alle Fotos: LdO)

Unten (von links nach rechts):
Bundesvorsitzender Klaus Plaszczek mit Papst Benedikt XVI. in Rom im Jahr 2012 / Patenschaftsurkunde / Haus Oberschlesien in Ratingen, Sitz der LdO



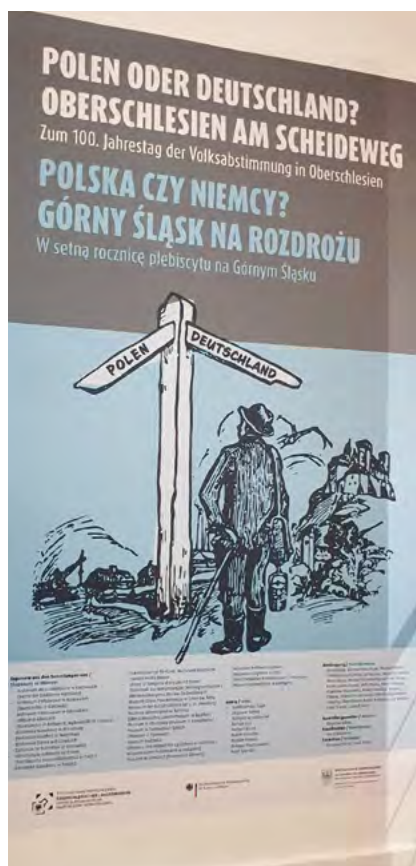
SONDERAUSSTELLUNG „DEUTSCHLAND ODER POLEN?“

HEIKO HENDRIKS BEI DER AUSSTELLUNGS- ERÖFFNUNG IM OBERSCHLESISCHEN LANDESMUSEUM

Am 20. März 2021 hat der Beauftragte der NRW-Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks, im Rahmen der virtuellen Eröffnung der neuen Sonderausstellung „Deutschland oder Polen? – Oberschlesien am Scheideweg“ im Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen ein Grußwort an den Veranstalter und alle Interessierten gerichtet.

Heiko Hendriks lobte die Macher für ihren differenzierten Blick auf die Volksabstimmung an sich und insbesondere auf ihre Wirkung bis zum heutigen Tag. Er machte in seinem Grußwort deutlich, dass auch ein Blick zurück helfen kann, heute Verständnis füreinander zu entwickeln und miteinander gut zu leben und zu arbeiten. Er wünschte der Ausstellung viel Erfolg und dankte insbesondere dem Hauptorganisator, Dr. David Skrabania, dem Kulturreferenten des Bundes am Oberschlesischen Landesmuseum, für die geleistete Arbeit!

Am 20. März 2021 jährte sich die Volksabstimmung in Oberschlesien zum 100. Mal. Das Oberschlesische Landesmuseum widmet diesem wichtigen historischen Ereignis eine eigene Sonderausstellung. Sie erzählt von den Vorbereitungen, dem Verlauf und den Folgen der Volksabstimmung und präsentiert erstmals in dieser Zusammenstellung Exponate aus mehreren Museen in Polen, die durch Objekte aus der Sammlung des Oberschlesischen Landesmuseums ergänzt werden. Zu sehen sind Fahnen, Abzeichen, Waffen, Dokumente zur Abstimmung, Ausweise, Orden, eine Wahlurne sowie historische Fotografien und vieles mehr. Die Ausstellung schärft zugleich den Blick auf die heutige Zeit. Die polnisch-deutsche Auseinandersetzung um Oberschlesien von vor hundert Jahren ist ein exemplarisches Beispiel dafür, zu welchen tragischen Konsequenzen ethnisch-nationale Konflikte führen können. Dies zeigen auch der blutige Bürgerkrieg im zerfallenden Jugoslawien in den 1990er Jahren oder – in jüngster Zeit – die Konflikte in der Ostukraine und um die Region Berg-Karabach. Die Beschäftigung mit diesem historischen Ereignis mahnt uns bis heute, zwischenstaatlichen Interessenausgleich, Minderheitenschutz und den respektvollen Umgang der Völker Europas ernst zu nehmen.



Links: Plakat zur Ausstellungseröffnung
Ganz oben: Heiko Hendriks
beim Grußwort
Oben: Einblicke in die Ausstellung
(alle Fotos: MKW)



Weitere Informationen über die Ausstellung sowie der Bildungsfilm sind online abrufbar!
www.oberschlesisches-landesmuseum.de

WARUM SIND WIR SO GEWORDEN, WIE WIR SIND?

ZUM ROMAN VON MARKUS MITTMANN „WODKA MIT GRASGESCHMACK“

BUCHVORSTELLUNG VON MARKUS GRÖCHTEMEIER

„Warum sind wir so geworden, wie wir sind?“ – Ein VW-Beetle, die Autobahn Richtung Osten, eine Reise zu viert, eine Familie. Zum ersten Mal nach ihrer Vertreibung vor über 70 Jahren wagen sich die Eltern in die Orte ihrer Kindheit, die Söhne dagegen in eine geheimnisvolle Welt aus Erzählungen und Vorstellungen. Dieser authentische Roman nimmt uns mit auf eine Entdeckungsreise in das Polen von heute.

In mitreißenden Gegensätzen und mit entlarvendem Humor erzählt der Schriftsteller Markus Mittmann eine dichte und spannungsreiche Geschichte von heute, legt dabei die Macht der Vergangenheit mit der Gegenwart und Zukunft in einen Topf und rührt kräftig um. Er zeigt, wie sehr die Fluchten und Vertreibungen des Zweiten Weltkriegs heimlich, aber wirkungsvoll die nächsten Generationen prägen, Lebensläufe bestimmen und wie die Nachgeborenen als Kriegsenkel „die Schmerzkörperchen“ ihrer Eltern und Großeltern annehmen und bis heute weitertragen.

Vor nunmehr 75 Jahren kamen Transporte mit Millionen von Menschen aus den Ostgebieten im Westen an. Diese Menschen wurden verteilt, und sie blieben, lebten und leben hier. Und nun auch ihre Nachkommen. Im Roman geht es nicht um eine einzelne Reise, sondern um das kollektive Erleben der Vertriebenen, eine facettenreiche Geschichte, in der sich viele Geschichten spiegeln, vor dem Hintergrund wissenschaftlich recherchierter Fakten. Aber es ist es kein Vergangenheitsbuch, sondern eine Gegenwartsgeschichte in einer bewusst modernen und klaren Sprache des 21. Jahrhunderts, die ihre Lebensnähe in großer Bandbreite von humorvollen Passagen mit tiefer Bedeutung bis zu Bildern feinsten Poesie beweist. In literarischer Form wird

das Thema in die heutige Zeit übersetzt und es werden Fragen mit aktueller Bedeutung berührt, z.B. innere und äußere Heimatlosigkeit, die Sehnsucht nach Antworten auf Sinnfragen und letztlich die Bedeutung von Frieden. Auch die Frage der Schuld wird behandelt und gezeigt, wie selbst in schwierigsten Situationen Spielraum für gutes Tun vorhanden ist. Ein Buch, das nicht zuletzt ein entschiedenes Plädoyer gegen den Krieg und für ein unvoreingenommenes Miteinander der Menschen, unabhängig von Nationalitäten darstellt. „Es gibt nur Menschen und einen Himmel über diesen Menschen“, heißt es im Roman.

„Wodka mit Grasgeschmack“ behandelt das deutsche Gesamtthema überraschend anders und für alle Altersgruppen anschaulich und (be)greifbar, um viele ganz unterschiedliche Denkanstöße zu ermöglichen und Gespräche auch zwischen den Generationen anzuregen. Im Verlauf der Erzählung wird der kleine Sohn des Protagonisten in die Handlung einbezogen, sodass neben den Vertriebenengenerationen gleichzeitig die Kinder und Enkel angesprochen werden. Es wird auf eindrucksvolle Weise gezeigt, dass alle Generationen „in einem Boot“ sitzen und wie wichtig es deshalb ist, die Erfahrungswelt von damals vor dem Vergessen zu bewahren. Und: „Wo liegt eigentlich das Ende der Vergangenheit?“ Eine Geschichte, die bewegt, weil sie so tief mit uns selbst zu tun hat.



lich das Ende der Vergangenheit?“ Eine Geschichte, die bewegt, weil sie so tief mit uns selbst zu tun hat.

Wodka mit Grasgeschmack

KIENER-Verlag München;

ISBN 978-3-948442-00-2;

Preis: 15,95 EUR;

256 Seiten

(überall im Buchhandel oder online erhältlich)

EIN HAUS DER GESCHICHTE FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN

Interview mit Prof. Dr. Hans Walter Hütter, Vorsitzender des Präsidiums der Stiftung Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen

Was ist die grundsätzliche Zielsetzung des Hauses der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen?

Das neue Museum informiert über die 75-jährige Geschichte des bevölkerungsreichsten Landes in Deutschland. Es soll generationenübergreifend zur Diskussion anregen und Angebote zur Identifikation mit dem eigenen Land machen.



Prof. Dr. Hans Walter Hütter,
Präsident Haus der Geschichte
(Foto: Barbara Frommann)

Dauerausstellung zur nordrhein-westfälischen Geschichte, eine Wechselausstellung, eine Bibliothek/Mediathek und vieles andere mehr zur Verfügung stehen.

Die Geschichte Nordrhein-Westfalens wird ja vor allem durch die Menschen, die hier gelebt haben oder auch noch leben, geprägt. Dabei spielen natürlich auch die deutschen Heimatver-

Nachdem nunmehr auch mit dem Behrensbaum am Rheinufer ein passendes und repräsentatives Gebäude gefunden ist, laufen die Planungen zur Umsetzung des Projektes sicherlich auf Hochtouren. Wie ist der aktuelle Sachstand und auf was können sich die Menschen freuen?

Im Behrensbaum wird am 26. August 2021 die Ausstellung zum 75. Geburtstag des Landes eröffnet, die bis Pfingsten 2022 zu sehen sein wird. Die Ausstellung widmet sich den großen Herausforderungen, denen sich das Land seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stellen musste. Eine Wanderausstellung macht ab Mitte 2022 das Projekt im Land bekannt. Nach grundlegender Renovierung des Gebäudes sollen 2028 eine

triebene, DDR-Flüchtlinge und Übersiedler/-innen sowie die (Spät-)Aussiedler/-innen eine große Rolle. Wie wollen Sie deren Geschichte und ihrem Wirken für NRW in der für Herbst geplanten Sonderausstellung und in der späteren Dauerausstellung Rechnung tragen?

Die Jubiläumsausstellung widmet sich diesem Thema in einem eigenen Ausstellungsbereich. In der Dauerausstellung werden Objekte, Fotos, Dokumente und Lebensgeschichten diese Fragen erlebnisorientiert und spannend präsentieren.

PRÄSIDIUM

Das Kuratorium hat in seiner ersten Sitzung ein dreiköpfiges nebenamtliches Präsidium berufen, das zunächst bis zum 31. Dezember 2022 tätig sein wird. Vorsitzender des Präsidiums ist Hans Walter Hütter (Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn). Hinzu kommen **Gabriele Uelsberg** (Direktorin des LVR-Landesmuseums, Bonn) und **Prof. Heinrich Theodor Grütter** (Direktor des Ruhr Museums, Essen). Das Präsidium führt die laufenden Geschäfte der Stiftung. (Fotos: Barbara Frommann, J. Vogel LVR LMB)



Der Behrensbau am Düsseldorfer Rheinufer



HINTERGRUNDINFO ZUR STIFTUNG

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hatte im Dezember 2019 das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“ beschlossen. Rechtsträger ist eine selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts. Zweck der Stiftung ist es, die Geschichte des Landes, seine Vergangenheit, Entstehung und Entwicklung darzustellen. Im Mittelpunkt steht die Errichtung, Unterhaltung und Weiterentwicklung eines Hauses der Geschichte mit einer ständigen Ausstellung, Wanderausstellungen und museumspädagogischer Vermittlung. Weitere Infos sind auch auf der Homepage unter www.hdg.nrw.de zu finden!

(Gebäudefotos: Axel Thünker)



(Foto: Laurence Chaperon)

„Die Geschichte Nordrhein-Westfalens ist so vielfältig wie das Land selbst. Die vielen Kulturen, Traditionen und Mentalitäten in all unseren Landes- teilen sind ein großer Schatz. Diesen ‚Nordrhein-Westfalen-Schatz‘ wollen wir mit dem Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich machen und damit auch zur Identifikation mit ihrer Heimat beitragen. Gerade für die Generationen, die die Anfänge unseres Landes, unserer Demokratie, nicht selbst miterlebt haben, ist es umso wichtiger, die Wurzeln und Entwicklung unseres Landes zu kennen. Denn das hilft uns allen, bewusster, sorgsamer mit der Gegenwart umzugehen. Aus der Vergangenheit lernen heißt: Zukunft gewinnen.“

Ministerpräsident Armin Laschet zum Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen



In seiner Funktion als Beauftragter ist **Heiko Hendriks** als Ständiger Gast im Arbeitskreis Gesellschaftlicher Gruppen der Stiftung Haus der Geschichte NRW berufen worden. Im Bild ein Screenshot der konstituierenden Sitzung im Januar 2021 zu sehen auf dem Instagram Profil unter @VABNRW.

70 JAHRE LANDESTELLE IN UNNA-MASSEN

Ein wichtiges Element der Landesgeschichte

Massen ist ein Stadtteil von Unna. Stimmt! Aber so einfach ist es nicht (nur)! Unna-Massen steht auch als ein positives Beispiel für die organisierte und geordnete Aufnahme von mehr als 2,7 Millionen Menschen, darunter größtenteils deutsche Heimatvertriebene, DDR-Flüchtlinge sowie (Spät-) Aussiedler(innen). Vor 70 Jahren begann die Geschichte der Landesstelle im östlichen Ruhrgebiet, nachdem die damalige britische Militärregierung die Landesstelle von Siegen nach Unna verlegt hatte. Anlass genug, einen Rückblick zu wagen auf den Ort, der für viele Frauen, Kinder und Männer sozusagen das Tor in ein neues Leben, in eine neue Heimat symbolisiert.

Hier bei uns in Nordrhein-Westfalen!



*Von oben links im UZS: Landesstelle 1957; Aussiedlerbeauftragter Horst Waffenschmidt zu Besuch 1990;
In der Kleiderkammer; Blick in eine Unterkunft 1976 (alle Fotos: Arne Schambeck / Bundesarchiv)*

Die Landesstelle im Lauf der Zeit

Die Landesstelle Unna-Massen wurde durch Beschluss der damaligen Landesregierung im Jahr 1951 errichtet, um den deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten eine erste sichere Anlaufstelle in Nordrhein-Westfalen zu bieten. 1951 konnte die Landesstelle 1.500 Plätze zur Unterbringung vorweisen, 1958 waren es bereits 2.700 Plätze.

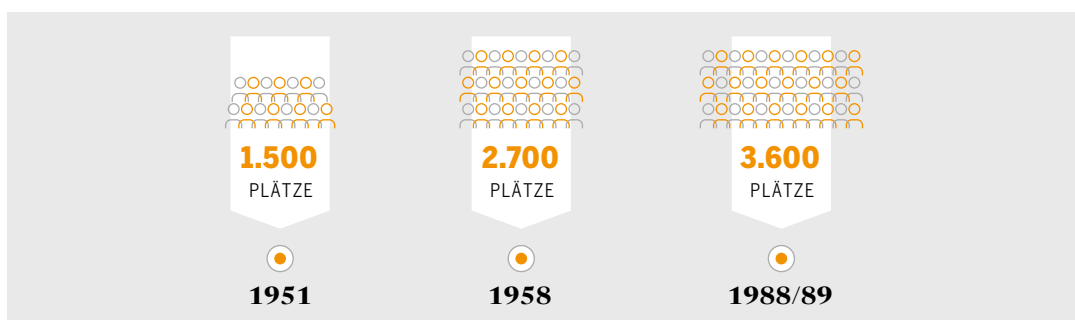
Neben den Vertriebenen kamen im Laufe der nächsten Jahrzehnte mehrere Millionen weitere Menschen nach Unna-Massen: Deutsche Aussiedlerinnen und Aussiedler z.B. aus Siebenbürgen und Oberschlesien, Flüchtlinge, Übersiedler/-innen und freigeverkaufte Häftlinge aus der ehemaligen DDR sowie deutsche (Spät-) Aussiedler/-innen aus der ehemaligen Sowjetunion, respektive deren Nachfolgestaaten. Aber auch die so genannten BoatPeople, albanische Botschaftsflüchtlinge, Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina, aus dem Kosovo und nicht zuletzt die große Zahl jüdischer Zugewanderter aus der ehemaligen UdSSR wurden aufgenommen.

Unna-Massen als Symbol

Insgesamt haben mehr als 2,7 Millionen Menschen in der Landesstelle eine erste Zuflucht gefunden, bevor sie ihren Wohnsitz in den einzelnen Kommunen aufnehmen konnten. Im Laufe der Jahre wurde die Landesstelle immer wieder ausgebaut und erweitert. Mit Beratungsstellen des Arbeitsamtes oder der Rentenversicherungsträger, aber auch einem Kindergarten, einer Schule, einer Turnhalle oder einer Bücherei wurde die nötige Infrastruktur geschaffen, um →



Von oben nach unten: Wohntrakt (LUM) / Ansicht des Hauptgebäudes (LUM) / Orientierungskurs für Neuankömmlinge Ende der 90er Jahre (LUM) / Gedenkstein auf dem Gelände der Landesstelle (MKW)





Links: Stele Friede sei mit euch / Rechts: Gedenkskulptur auf dem Gelände der Landesstelle (Fotos: MKW)

den Aufenthalt in der Landesstelle zu erleichtern und die notwendigen behördlichen Schritte für die Aufnahme direkt vor Ort in die Wege leiten zu können. Die Kirchen, Wohlfahrtsverbände und die Landsmannschaften unterstützten die Arbeit in der Landesstelle. Nicht zuletzt mit diesem großen Verbund und Netzwerk entwickelte sich die Landesstelle auch zu einer großen Integrations-einrichtung, in der Willkommenskultur praktiziert wurde, lange bevor dieser Begriff in Mode kam.

Wenn man den Verbund und den großen Verwaltungsbereich (Aufnahmeverfahren, Sozialhilfe, Rückführungskosten etc.) der Landesstelle mitrechnet, arbeiteten dort zeitweise weit über 500 Beschäftigte.

Die Landesstelle Unna-Massen war für die in Nordrhein-Westfalen angekommenen Menschen die maßgebliche Basis für einen Start in ein anderes Leben. Einerseits erinnert Unna-Massen als Institution vor allem an die Vertreibung, die Flucht sowie die Aussiedlung Millionen deutscher Heimatvertriebenen und Flüchtlinge aus den historischen deutschen Ostgebieten den Siedlungsgebieten im östlichen Europa und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Andererseits steht Unna-Massen für einen erfolgreichen Neuanfang im Westen Deutschlands.

Wie wahrscheinlich kein anderer Ort in Nordrhein-Westfalen ist Unna-Massen somit auch ein positives Symbol für die – bezogen auf die deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge – trotz schwierigster Nachkriegsumstände bewältigte Aufnahme von Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen

Unna-Massen als Erinnerungsort für die Zukunft?

Immer wieder gab es Ideen und Initiativen, die Geschichte – und damit auch die Lebenswege vieler dieser Menschen – zu dokumentieren. Sogar ein überparteilicher Verein hat sich vor Ort gebildet: Der Förderverein zur Errichtung einer Vertreibungs-Erinnerungs-Stätte Unna-Massen e.V.

ZEITZEUGE HEINRICH SKLORZ AUS HINDENBURG ERINNERT SICH

„Als ich mit meiner jungen Familie 1981 in Unna-Massen ankam, waren wir froh und erleichtert. Wir wussten: jetzt beginnt ein neues Leben! Ich habe den Aufenthalt dort in guter Erinnerung, es wurde für alles gesorgt und wir fühlten uns gut aufgenommen. Auch wenn die ersten Jahre in der Bundesrepublik nicht immer einfach waren, so sind wir doch froh, unseren Weg erfolgreich gemacht zu haben. Und alles begann in Unna-Massen! Im Laufe der 1980er Jahre kam dann auch der Rest der Familie nach, sodass wir immer mal wieder dorthin zurückgekehrt sind, um sie zu begrüßen. Insofern war Unna-Massen ein Dreh- und Angelpunkt für sehr viele Menschen, verbunden mit Wiedersehensfreude und Hoffnung auf die Zukunft.“



Die notwendigen Formalitäten werden abgewickelt. (Arne Schambeck /Bundesarchiv)

Sowohl im Koalitionsvertrag der nordrhein-westfälischen Landesregierung von Juni 2017 als auch in fraktionsübergreifenden parlamentarischen Initiativen wurde die Initiative zur Errichtung einer Erinnerungsstätte in Unna-Massen immer wieder aufgegriffen.

In einem gemeinsamen Antrag der Regierungskoalitionen von CDU und FDP sowie der SPD-Fraktion mit dem Titel „Leistungen deutschstämmiger Zugewanderter, der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler wertschätzen – unsere und ihre Geschichte lebendig halten“ wird die Landesregierung u.a. aufgefordert, „die Pläne für eine Gedenkstätte in Unna-Massen zu begleiten“. Ende 2019 hat der Landtag einen

Was das Grenzdurchgangslager
Friedland für ganz Deutschland ist,
ist Unna-Massen für Nordrhein-
Westfalen!

HEIKO HENDRIKS

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP sowie von der Fraktion der Grünen beschlossen, eine mögliche Erinnerungsstätte Unna-Massen als Außenstelle des Hauses der Geschichte NRW zu verwirklichen.

Folgerichtig wurde sodann im „Gesetz zur Errichtung einer Stiftung Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“ ein entsprechender Passus aufgenommen. Die Geschichte der Landesstelle Unna-Massen ist also noch nicht zu Ende erzählt ...!

Dieser Artikel basiert auf Gesprächen mit dem ehemaligen Leiter der Landesstelle Jürgen Kraske sowie Recherchen des Redaktionsteams u.a. unter der Zuhilfenahme von frei zugänglichen Veröffentlichungen der Bezirksregierung Arnsberg sowie des Landtags NRW.

DAS AUFNAHMELAGER AUF BUNDESEBENE: DAS GRENZDURCHGANGSLAGER (GDL) FRIEDLAND

Das GDL Friedland liegt im äußersten Süden Niedersachsens an der Grenze zu Thüringen und Hessen. An den Grenzen der britischen, amerikanischen und sowjetischen Besatzungszone liegend, wurde das Lager Friedland am 20. September 1945 auf Anordnung der britischen Besatzungsmacht zur Durchschleusung und ersten Betreuung von Evakuierten und Flüchtlingen eingerichtet, zunächst provisorisch in den Viehställen des Versuchsgutes Friedland der Universität Göttingen. Bis Ende des Jahres 1945 haben mehr als 500.000 Flüchtlinge, Vertriebene und Heimkehrer die Einrichtung "durchlaufen", in den Jahren 1946 und 1947 war Friedland die erste Anlaufstelle für fast 800.000 Menschen.

Im März 1950 begann die Familienzusammenführung der Deutschen aus Polen und somit die erste große Aussiedlerwelle. Sie trug den Namen "Operation Link". Das GDL ist im Laufe der Jahre immer wieder die erste Anlaufstelle in der Bundesrepublik Deutschland für Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern gewesen. Das GDL ist die bundesweit einzige Aufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen. Diese Personengruppe, die das Registrier- und Verteilverfahren beim auf dem Nachbargrundstück ansässigen Bundesverwaltungsamt durchführt, verbleibt nur eine bis max. zwei Wochen im GDL, bevor die Weiterreise in die Bundesländer erfolgt. Daneben ist der Standort GDL Friedland Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber, die zukünftig in einer Kommune in Niedersachsen leben werden.

Die erwachsenen Bewohner des GDL haben die Möglichkeit, an „Wegweiserkursen“ teilzunehmen, während die Kinder und Jugendlichen auf freiwilliger Basis (es besteht keine Schulpflicht) auf den Besuch der Regelschule vorbereitet werden. Diese Angebote werden außerordentlich gern angenommen. Die Kirchen und Wohlfahrtsverbände sind bereits seit Bestehen des GDL in die Betreuungsarbeit der Bewohner eingebunden. So betreibt die Caritas zwei Jugendclubs, während die Innere Mission die jüngeren Kinder betreut. Beide Wohlfahrtsverbände führen gemeinsam ein Frauenzentrum und bieten Migrations- und Asylverfahrensberatung an.

Quelle: https://www.lab.niedersachsen.de/startseite/standorte/standort_gdl_friedland/der-standort-gdl-friedland-106937.html

DAS SYMBOL DES KALTEN KRIEGES – DIE MAUER

Zum Mauerbau vor 60 Jahren

Am 13. August 2021 jährt sich der Tag des Mauerbaus zum 60. Mal. Dieses Datum markiert sicherlich nicht nur für die Deutschen, sondern auch für Europa und vielleicht sogar für die gesamte Welt, einen der dunkelsten Tage in der Zeitgeschichte. Die Mauer selbst ging als das Symbol des Kalten Krieges und der Teilung Deutschlands in die Geschichte ein. Ein kleiner Rückblick auf die Geschehnisse vor 60 Jahren hilft, die historische Dimension dieses Tages besser einzuordnen.



Die Mauer Anfang der 80er Jahre (Bundesarchiv)

Bereits 1952 hatte die DDR-Führung ihr Staatsgebiet zur Bundesrepublik Deutschland, somit zum Westen hin, mehr oder weniger abgeriegelt. Die sogenannte innerdeutsche Grenze reichte mit 1.385 Kilometern von Nord nach Süd und hatte eine bis zu sechs Kilometer breite Sperrzone. Sie teilte nicht nur Familien, sondern auch Siedlungen und Landschaften und zerschnitt Orte, Straßen und Eisenbahnlinien. Personen, die bis dato in der Nähe der Grenze auf östlicher Seite gewohnt hatten, wurden auf Befehl der DDR-Machthaber zwangsumgesiedelt. Seit ihrer Errichtung und durch ihre Unüberwindbarkeit prägte diese Grenze das Leben von Millionen Menschen auf beiden Seiten und wurde für viele Flüchtlinge auch zur unüberwindbaren Todesfalle!

Für den Verkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie Berlin waren nun nur noch sechs Eisenbahnübergänge und fünf Straßen – beziehungsweise Autobahnübergänge – offen. In und um Berlin wurden mehr als 180 Straßen für den Verkehr gesperrt und auch die Telefonverbindungen in den Westteil der Stadt wurden gekappt.

Somit war es Menschen aus Ostdeutschland nur noch möglich, über Berlin als einzig übriggebliebenem Schlupfloch in den Westen zu flüchten. Mit dem Bau der Mauer zwischen Ost- und Westberlin ab dem 13. August 1961 wurde jedoch auch diese letzte Möglichkeit unterbunden!

Noch im Juni 1961 erklärte der DDR-Machthaber Walter Ulbricht öffentlich: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!“ Dabei dachte nicht nur der Chef der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) längst daran, Ostberlin vom Westen der Stadt abzuschotten. Auch der „große Bruder“ im Osten, Moskau, hatte dies offensichtlich bereits längere Zeit in Erwägung gezogen. Die formale Zustimmung aus Moskau kam allerdings erst Anfang August 1961.

Wie schnell und teilweise absurd der Mauerbau vollzogen wurde, ist vor einiger Zeit noch einmal in der dritten Staffel der ARD-Serie „Charité“ den Zuschauerinnen und Zuschauern eindrucksvoll und historisch durchaus belegbar vor Augen geführt worden. Quasi über Nacht wurde nicht nur gemauert, sondern Berlin in zwei Hälften geteilt. Generalstabsmäßig organisiert, kaltblütig und ohne Rücksicht auf Verluste, wurde der Bau vollzogen. In der Nacht vom 12. zum 13. August versperrten Volkspolizei, Betriebskampfgruppen und Nationale Volksarmee (NVA) die durch Berlin verlaufende Sektorengrenze mit Stacheldrahtverhauen und Steinwällen.

Der Bau der Mauer 1961

In den folgenden Tagen und Wochen entstand zwischen Ost- und Westberlin eine 46 Kilometer lange Mauer und

schließlich um ganz Westberlin herum befestigte Grenzanlagen auf einer Strecke von insgesamt mehr als 150 Kilometern. Die Bevölkerung konnte nun nicht mehr ohne Genehmigung und strenge Kontrollen aus einem Teil der Stadt in den anderen gelangen.

Die Reaktionen

Die Berliner waren entsetzt; die internationalen Reaktionen allerdings eher verhalten. Die Westmächte protestierten so gut wie kaum, ihr freier Zugang nach Westberlin war nicht gefährdet. General Lucius D. Clay, der US-Sonderbotschafter in der Stadt, ließ einige Wochen später, im Oktober 1961, Panzer auffahren. Er wollte wissen, ob man es nur noch mit dem Ulbricht-Regime oder nach wie vor mit Moskau zu tun hatte. Als auf der anderen Seite sowjetische Panzer heranrollten, war die Sache klar: Moskau hatte das Sagen!

Die politische Führung der DDR feierte den Bau der Mauer – in der Sprache der SED-Propaganda „antifaschistischer Schutzwall“ – als „Sieg des sozialistischen Lagers über den westlichen Imperialismus“. Im Wesentlichen ging es der DDR-Führung aber darum, den Flüchtlingsstrom zu stoppen, denn bis zum Mauerbau hatte die DDR jedes Jahr Hunderttausende ihrer Bürger an den Westen verloren. Dafür war ihr offensichtlich jedes Mittel recht.

Fluchtversuche und Todesschüsse

Die Mauer und Zäune nebst Gräben sowie die Wachtürme und Schützenstellungen machten die innerdeutsche Grenze fast unüberwindlich. Weit über 200 Menschen kamen bei dem Versuch, in den Westen zu fliehen, ums Leben. Die Todesschüsse sind bis in die Gegenwart mit eines der trau-

rigsten Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte. Erst 1989 fiel dann die Mauer!

Heute sind die Spuren der Mauer aus dem Berliner Stadtbild weitgehend verschwunden. Dass man diese weitgehend kurz nach der Wende beseitigt hat, ist sicherlich emotional nachvollziehbar. Ob dies aber in Bezug auf das Erinnern an die Geschichte klug war, steht auf einem anderen Blatt. Heute sind in Berlin nur noch 1,5 Kilometer Mauerreste zu finden. Lediglich Pflastersteine am Brandenburger Tor erinnern zusätzlich an den früheren Verlauf der Mauer. Für die nachfolgenden Generationen ist es somit selbst bei einem Besuch in Berlin schwer, die Dimension und damit auch den Schrecken der Mauer in Gänze zu erfassen.

Mauersegment in Düsseldorf

Umso wichtiger erscheint es, die Mauersegmente an den verschiedenen Orten in unserer Republik, da wo noch nicht geschehen, als Erinnerungsorte aufzuwerten. Dies sollte insbesondere auch für das Mauersegment in Düsseldorf in der Nähe des Landtags gelten. Um dies zu erreichen, hat Heiko Hendriks bereits erste Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertreter der SED-Opferverbände hier in NRW geführt. Ein Projekt, bei dem es sich lohnt, dranzubleiben.

Dieser Artikel basiert auf Recherchen des Redaktionsteams u.a. unter der Zuhilfenahme von frei zugänglichen Veröffentlichungen der Bundesstiftung Aufarbeitung, der ARD Mediathek, der Bundeszentrale für politische Bildung sowie der Stiftung Berliner Mauer.



V. l. n. r.: Der Bau der Mauer 1961 (Bundesarchiv); Kranzniederlegung am Düsseldorfer Mauersegment (VABNRW); Mauerfall Landesarchiv Berlin

IM GESPRÄCH

MIT ...

ALEXANDER RICHTER-KARIGER

Buchautor und Mitarbeiter im Zeitzeugenprogramm im Institut für Deutschlandforschung der Ruhr-Universität Bochum: Herr Richter-Kariger sucht als Zeitzeuge der SED-Diktatur Oberstufenklassen an deutschen Schulen auf und betreibt durch Erzählungen über sein persönliches Schicksal geschichtliche Aufklärungsarbeit für Schülerinnen und Schüler.

Sehr geehrter Herr Richter-Kariger, war Ihnen beim Schreiben Ihres Romans „Alfred Liebreuter“, weswegen Sie in der ehemaligen DDR in Haft saßen, eigentlich bewusst, welchen Mehrwert die Beschreibungen Ihrer wahrgenommenen Realität für eine Leserschaft haben könnte, oder haben Sie auf diese Art und Weise nur Ihre persönliche Situation verarbeiten wollen?

Wenn man schreibt, hat man immer ein Publikum im Auge. Ich habe weit nach vorn geblickt, weil ich immer an das Ende der DDR geglaubt habe. Es ging mir darum, das schriftlich festzuhalten, was in der gesellschaftlichen Erinnerung verlorengehen würde und was Wahrheit ist.

Wie beurteilen Sie rückblickend, dass Sie so ein so großes Risiko eingegangen sind?

Dass ich ein Risiko eingehe und alles (mir ging

es materiell sehr gut) aufs Spiel setze, stand von Anfang fest. Dennoch war es richtig, so zu handeln. Die Herausforderung und die Bedeutung des Buches haben über allem gestanden.

Würden Sie das Gleiche wieder tun oder anders handeln?

Ich hoffe nicht, dass sich für mich noch mal die Frage stellt, ob ich das „Gleiche“ wieder tun müsste. „Tun“ würde ich immer etwas, wenn sich in einer Gesellschaft Lüge und Unrecht ausbreiten.



Das Interview führte Paula Schön, Alter 23, sie ist derzeit Oberstufenschülerin und lebt in Fulda. Sie hat das Buch „Häftling 46. Gedächtnistagebuch 1982 bis 1983“ sehr interessiert gelesen. (Foto: Privat)

ZUR PERSON

Richter-Kariger, Jahrgang 1949, ist ein „Kind der DDR“, machte Abitur, Wehrdienst und studierte an der Berliner Humboldt-Uni. Durch die Unzufriedenheit, die er im SED-Regime immer stärker empfand, begann er schließlich ein umfassendes Romanmanuskript zu schreiben, das er über mehr als vier Jahre seitenweise per Brief in den Westen schickte. Da er jeden zweiten Tag eine Fortsetzung „lieferte“, kam ihm das MfS bald auf die Spur, beobachtete ihn jedoch erst lange Zeit, ehe es ihn 1982 verhaftete.

Er wurde wegen „Staatsfeindlicher Hetze“ zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt und befand sich bis 1985 im Zuchthaus Brandenburg, ehe ihn die Bundesregierung freikaufte. Obwohl er nach der Wende Angebote bekam, in die neuen Bundesländer zu gehen, blieb Richter im Westen. Er arbeitet inzwischen als Chefredakteur der Monatszeitschrift „Freiheitsglocke“, die von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, dem ältesten deutschen Verband ehemaliger politischer Häftlinge (gegründet 1950) herausgegeben wird, schreibt aber auch für verschiedene andere Zeitungen und ist als Lektor und Verlagsleiter tätig. (Foto: Privat)



ALEXANDER RICHTER-KARIGER: „HÄFTLING 46. GEDÄCHTNISTAGEBUCH 1982 BIS 1983“,

BUCHVORSTELLUNG VON DR. FRANK HOFFMANN

„Zählen hilft“ spricht sich Häftling 46 zu, das weiß er, seit er vor fast zehn Monaten vom MfS am frühen Morgen und mitten aus dem Leben weggesperrt worden ist: „Tage, Monate, Stunden, Wochen, Sonntage, Dienstage, Mithäftlinge, Schließer, Vernehmungen, Schachrätsel, Sprecher“. All das zählt im Leben eines politischen Gefangenen im SED-Staat, der nichts anderes verbrochen hat als einen sehr langen, sehr präzise die Wirklichkeit der DDR erfassenden Roman in Hunderten von Briefen in den Westen geschickt hat, ohne jeden Plan der Publikation.

Gewiss, dieser Text hat es in sich, er schildert das „Dreibuchenstabenland“ so, wie sich die DDR der 1980er Jahre auf keinen Fall sehen wollte: eine korrupte Parteidiktatur, abhängig von der Sowjetunion und ihrer Armee, mit Funktionären, die längst jedes Verständnis für die Nöte der Arbeiterklasse verloren haben. In zermürbenden Verhören lassen sich die MfS-Vernehmer von dem Autor seinen Text erklären, stellen immer wieder die gleichen Fragen, um den Häftling in ein Gespinnst von Aussagen zu verwickeln, die am Ende des Tages in mühsam getippte Protokolle verwandelt werden.

Fast schlimmer sind die Tage ohne Verhör, ohne den Weg aus der Zelle, dem „steinernen Sarg“. Dann gibt es nur die kargen Strukturen der schäbigen Mahlzeiten, die kaum zwanzigminütige „Freistunde“ in einem zugigen Verschlag, die gehasste Parteizeit, in der nur das Schachrätsel am Wochenende einen Lichtblick geistiger Abwechslung gibt, vielleicht noch die Hoffnung auf ein lesbares Buch, das dienstags gewechselt wird und die Mischung aus Verstörung und Scham, wenn ein Besuchstermin ansteht, ein „Sprecher“. Den Eltern, die Häftling 46 voller Liebe und Mut besuchen, ist hier ein wundervolles Erinnerungsbild gewidmet.

Alexander Richter-Kariger hat in etlichen Werken von der DDR erzählt, zumal auch über die politische Haft in zu Klassikern gewordenen Büchern wie „Lindenhotel“ (1992) und „Zuchthaus Brandenburg“ (2002). Mit diesem Gedächtnistagebuch gelingt ihm etwas völlig Neues. Tag für Tag wird das „erlebte“ Nichts aus Einsamkeit (oder Hass, wenn ein Mithäftling das Leben unerträglich macht) aufgeschrieben und immer neu durchlebt. Wer diesen Text ohne Bestürzung und Beschämung liest, hat jede Empathie verloren.

Es gelingt eine ungemein dichte, durch die erbarmungslose Wiederholung des täglichen Elends in der Zelle provozierende Prosa, die einzigartig ist in dem gar nicht so kleinen Genre der DDR-Haftliteratur. Methodik und erinnerungstheoretische Voraussetzungen dieses Schreibverfahrens verdienen eine umfangreichere Reflexion als hier möglich ist. Doch wer mag richten über diese 331 Tage und Nächte zwischen dem 7. September 1982, als Richter verhaftet wurde, und dem 3. August 1983, an dem er nach dem Prozess in die Strafhäft nach Brandenburg überführt wird? Schließt doch der Autor des reich mit Fotos und Protokollauszügen dokumentierten Bands mit dem Dank an jene, die nach der Lektüre „keine unnützen Fragen“ stellen.



**Häftling 46.
Gedächtnistagebuch
1982 bis 1983**

firstminute Verlag
ISBN: 9783932805844,
www.first-minute-buecher.de

2020: EIN JAHR DER HERAUSFORDERUNGEN – AUCH FÜR DEN BDV-KREISVERBAND ISERLOHN

VON HANS-JOACHIM MUSCHIOL

Der Bund der Vertriebenen, Kreisverband Iserlohn e.V. und seine Mitgliedsorganisationen blicken auf das schwierige Jahr 2020 zurück, in dem sie ihre wertvolle und gute Arbeit in der bisherigen Weise leider nicht fortsetzen konnten. Die Corona-Pandemie hat unsere Arbeit wesentlich eingeschränkt, so der BdV-Vorsitzende Klaus-Arno Lemke. So konnte beispielsweise die Hauptveranstaltung, der „Tag der Heimat 2020“, nicht stattfinden. Vorgesehen waren die Themen „70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, „75 Jahre Beginn von Flucht und Vertreibung“ und die Erinnerung an „100 Jahre Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen nach dem Ersten Weltkrieg“. Außerdem sollte das 70-jährige Bestehen der Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien, in dieser Veranstaltung berücksichtigt werden. Es ist bedauerlich, dass gerade diese wichtigen Themen nicht öffentlich dargestellt werden konnten.

Kontakt zu den Mitgliedern

Der BdV Iserlohn und seine Mitgliedsorganisationen hat versucht, den Kontakt zu den Mitgliedern durch Mitteilungsblätter und Rundschreiben mit Informationen aufrechtzuerhalten. Der geschäftsführende Vorstand hat mehrmals getagt, um nach Möglichkeit diese Arbeit zu unterstützen. Der plötzliche Tod des langjährigen und aktiven Vorstandsmitglieds Günther Hainke im Sommer 2020 riss eine große Lücke in die Arbeit des Kreisverbandes.

Auch die geselligen Veranstaltungen konnten nur bis Ende Februar 2020 fortgesetzt werden. Auch das Sommersingen musste leider abgesagt werden. Aus Anlass des Barbaratages (4. Dezember) konnte nach Rücksprache mit Herrn Pfarrer Skora lediglich am 5. Dezember in der Heilig-Geist-Kirche in Iserlohn eine Messe für die Heilige Barbara mit begrenzter Teilnehmerzahl gefeiert werden.

Gedenken an Flucht und Vertreibung

Auf dem Hauptfriedhof in Iserlohn wurden an der restaurierten „Gedenkstätte Ostdeutsche Kreuze“ am Volkstrauertag durch eine kleine Delegation unter Führung des Kreisvorsitzenden Lemke ein Kranz zur Erinnerung an 75 Jahre Flucht und Vertreibung niedergelegt. Diese Gedenkstätte wird besonders von den Landsleuten am 1. November, d.h. am Allerheiligentag, und am Totensonntag durch das Aufstellen und Anzünden von Hunderten von Grablichtern zum Gedenken an die Toten in der Heimat angenommen.

Trotz der Einschränkungen durch die Pandemie blickt der BdV Iserlohn auf ein arbeitsreiches Jahr zurück, in dem die bestehenden Kontakte zu den politischen Vertretern z.B. der Stadt Iserlohn, des Märkischen Kreises und der Bezirksregierung Arnsberg fortgesetzt und intensiviert wurden, wobei die Korrespondenz und Kommunikation im Vordergrund standen. Auch die Zusammenarbeit mit der örtlichen und überregionalen Presse war erfolgreich.



Volkstrauertag Iserlohn 2020



Gedenkstätte Hauptfriedhof Iserlohn
(Fotos: H-J Muschiol)



Verschiedene Sommerstecken aus Schlesien

CHRONIK DES NRW LANDES- BEIRATS FÜR VERTRIEBENEN-, FLÜCHTLINGS- UND SPÄTAUSSIEDLERFRAGEN

KAPITEL 3 – STABILISIERUNG DER ARBEIT (1949–1953)



Das Landeshaus/Sozialministerium NRW 1950: Sitzungssaal (links) und Außenansicht (LVR)

Nach Ablauf der zweijährigen Wahlperiode waren die Flüchtlingsbeiräte in Nordrhein-Westfalen neu zu wählen; ein entsprechender Runderlass des Sozialministers erging am 6. Oktober 1949. Wahltag in den Gemeinden, Ämtern und Kreisen war der 13. November 1949. Wenig später stand die Bildung der über-regionalen Gremien an. Die Bezirksflüchtlingsbeiräte waren bis zum 4. Dezember 1949, der Landesbeirat bis zum 18. Dezember 1949 zu wählen.

Am 31. Januar 1950 konnte im Landeshaus in Düsseldorf, dem Sitz des Sozialministers, der neu-gewählte Landesflüchtlingsbeirat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten. Sozial-

minister Rudolf Amelunxen erklärte den Beirat für errichtet. Im weiteren Verlauf der Sitzung stand neben der Einsetzung von Unterausschüssen die Neuwahl des Vorstands im Mittelpunkt. Zum Vorsitzenden wurde Oskar Salat gewählt.

Im Vergleich zum Beginn der ersten Amtsperiode hatte sich die Ausgangssituation des Gremiums erheblich verändert. Die Flüchtlingsbeiräte hatten sich nicht nur als Sprachrohr der Vertriebenen etabliert, sie waren auch Initiatoren einer verbesserten Flüchtlingsbetreuung geworden. Die Masse der Vertriebenen erkannte, dass mit der Einsetzung der Beiräte die Voraussetzungen zur Lösung ihrer Probleme geschaffen werden sollten. Der Landesflüchtlingsbeirat hatte mit →

seinen Unterausschüssen zu den drängenden Problemen unzählige Eingaben an die zuständigen Ministerien gerichtet und durch direkte Gespräche in vielen Notfällen Abhilfe schaffen können.

Ungeachtet dieses auf die Verbesserung der konkreten Lebenssituation der Vertriebenen gerichteten Engagements hatte sich die weltpolitische Lage grundlegend gewandelt. Bei ihrer Ankunft in Nordrhein-Westfalen hofften die Flüchtlinge und Vertriebenen noch, nach Abschluss eines Friedensvertrages alsbald in ihre Heimat zurückkehren zu können. Die Vertretung durch das Beiratssystem wurde daher anfänglich als Provisorium betrachtet. Doch ließ die Blockbildung des Kalten Krieges die Hoffnung auf eine Rückkehr von Jahr zu Jahr mehr schwinden. Infolgedessen löste sich auch der ursprüngliche Gegensatz zwischen der Erhaltung der Rückkehrbereitschaft unter den Vertriebenen und ihrer wirksamen wirtschaftlichen Eingliederung immer mehr auf. Mit diesem Prozess ging auch ein Wandel der Bedeutung des Landesflüchtlingsbeirats einher, welchen der Vorsitzende Oskar Salat wie folgt charakterisierte:

„Mit der fortschreitenden Entwicklung des Vertriebenenproblems, mit der fortschreitenden Eingliederung der Vertriebenen wurde immer deutlicher,

dass das Vertriebenenproblem nicht nur ein rein materielles Betreuungsproblem war, sondern, dass damit Fragen aufgeworfen wurden, die die geistigen, kulturellen, sittlichen, politischen und staatlichen Probleme des ganzen nordrhein-westfälischen Raums berührten.

Insbesondere die Kulturarbeit erhielt mit der Zeit eine stetig wachsende Bedeutung.

Diese Entwicklung war mit einer Veränderung der Begrifflichkeit verbunden. Während anfangs noch von „Flüchtlingen“ die Rede war, hatte sich im Laufe der Jahre die Bezeichnung „Vertriebene“ für die in den Gebieten jenseits von Oder und

Neiße beheimateten Deutschen durchgesetzt. Folglich brachte das Sozialministerium am 27. April 1950 einen Erlass zur Umbenennung der Flüchtlingsbeiräte in Vertriebenenbeiräte und der Flüchtlingsämter in Vertriebenenämter auf den Weg. Das auf Landesebene



Oskar Salat (Archiv Landesbeirat NRW)

angesiedelte Gremium trug nunmehr den Namen Landesvertriebenenbeirat.

Dank der fortschreitenden Eingliederung der Vertriebenen veränderte und stabilisierte sich auch die Tätigkeit des Beirats. Stand in der frühen Phase noch die Abhilfe der drängendsten Nöte im Zentrum der Bemühungen, war nun eine stärkere Spezialisierung der Arbeit zu erkennen. Zudem wuchs mit der Größe – der Landesvertriebenenbeirat bestand inzwischen aus 35 Mitgliedern – auch die Schwerfälligkeit des Gremiums. Für eine intensive Beschäftigung mit Detailfragen sowie kurzfristige Reaktionen auf tagespolitische Ereignisse bot das Plenum nicht den geeigneten Rahmen. Dadurch ergab sich eine Verlagerung der Arbeit in die Ausschüsse, wobei die Hauptlast dem Geschäftsführenden Ausschuss zufiel. Dieser musste in der politischen Auseinandersetzung Stellung beziehen und kurzfristig anfallenden Entscheidungen treffen. Fragen von grundsätzlicher Bedeutung blieben jedoch weiterhin dem Plenum vorbehalten.

Die Tatsache, dass Anfang der 1950er Jahre das Beiratssystem auf allen Verwaltungsebenen verwirklicht war, darf auch als Erfolg des Beirats angesehen werden. Dennoch waren die Bemühungen der Vertriebenen, ihre Interessen darüber hinaus in der Exekutive des Landes institutionell zu verankern, nicht von Erfolg gekrönt. Bereits kurz nach der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen war die von Ver-

Die Masse der Vertriebenen
erkannte, dass mit
der Einsetzung
der Beiräte die
Voraussetzungen
zur Lösung
ihrer Probleme
geschaffen werden
sollten.

triebenenkreisen ausgehende Initiative, einen direkt dem Ministerpräsidenten unterstellten Landesbeauftragten für das Flüchtlingswesen zu bestellen, nicht ernsthaft diskutiert worden. Auch der Landesvertriebenenbeirat konnte sich mit seiner Forderung nach einem Ministerium für Vertriebenenangelegenheiten nicht durchsetzen. Die Politik in Nordrhein-Westfalen blieb ihrer Linie treu: Auf Landesebene wurde keine Flüchtlingssonderverwaltung eingerichtet, vielmehr sollte die Flüchtlingsproblematik im Rahmen einer ganzheitlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik angegangen werden.

Ein bedeutender personeller Umbruch im Vertriebenenwesen ergab sich im Sommer 1953. Oskar Salat entschied sich, nach mehr als fünf Jahren sein Amt als Vorsitzender des Landesvertriebenenbeirats niederzulegen. Er blieb dem Gremium jedoch als Vorsitzender des Kulturausschusses noch bis 1971 erhalten.

Ausschussarbeit als Eckpfeiler

Seit ihrer Gründung im Jahre 1948 entwickelten sich die Unterausschüsse zu einem festen Bestandteil der Beiratsarbeit und die Mitglieder dieser Fachgremien wurden mehr und mehr Experten auf ihrem Gebiet. Ihre Sachanalysen, Beurteilungen und Vorschläge, die durch den Beiratsvorstand an die zuständigen Stellen weitergeleitet wurden, bewirkten zahlreiche Änderungen zugunsten der Vertriebenen und Flüchtlinge.

Der Wohnungsausschuss

Der Unterausschuss des Landesbeirates, von dem die Vertriebenen besonders schnelle Hilfe und Unterstützung erwarteten, war der Wohnungsausschuss. Die Bedeutung dieses Themenkomplexes erschließt sich vor dem Hintergrund der Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges. Über 30% des Wohnraums waren in Nordrhein-Westfalen total zerstört oder schwer beschädigt. Im Vergleich zur Situation 1939 war der Wohnungsbestand 1950 um 20,6% zurückgegangen; dieser Entwicklung stand ein Bevölkerungszuwachs von 10,6% gegenüber. Diese Zahlen belegen die dramatischen Ausmaße

der Wohnungsnot, welche den Landesvertriebenenbeirat noch über viele Jahre beschäftigen sollte.

Der Wirtschafts- und Berufsausschuss

Ein weiterer Schwerpunkt des Landesbeirates war die wirtschaftliche Situation der Betroffenen in ihrer neuen Heimat, was zur Bildung des Unterausschusses Beruf und Wirtschaft führte. Die Fragen der wirtschaftlichen Eingliederung erreichten jedoch einen Umfang, der den Landesvertriebenenbeirat zum Handeln zwang. Nach der am 17. Mai 1950 vollzogenen Trennung entstanden ein Wirtschafts- und ein Berufsausschuss.

Im Zuge der wirtschaftlichen Eingliederung galt es zu berücksichtigen, dass sich die Berufsstruktur der Vertriebungsgebiete wesentlich von der NRWs unterschied. Waren 1939 in den Ostgebieten 35,1% der Berufstätigen Selbständige und mithelfende Familienangehörige, konnten dieser Gruppe an Rhein und Ruhr nur 22% zugeordnet werden. Bei den Arbeitern und Angestellten betrug das Verhältnis hingegen 59,5% zu 73,3%. Die agrarisch geprägte Struktur der Gebiete jenseits von Oder und Neiße führte dazu, dass zahlreiche Vertriebene in ihrer neuen Heimat zunächst eine berufsfremde Tätigkeit aufnehmen mussten. Diese Notwendigkeit war in den meisten Fällen mit einem sozialen Abstieg der Betroffenen verbunden. Vor diesem Hintergrund legte der Ausschuss sein Hauptaugenmerk auf die qualitative Eingliederung, d.h. die Anpassung der Vertriebenen an die Verhältnisse der Gesamtbevölkerung.

Der Wirtschaftsausschuss widmete sich auch der Eingliederung vertriebener Selbstständiger. Da die Verlagerung wesentlicher Teile des Betriebskapitals →

Bundesländer	1946	1948	1950	1954	1961
Schleswig-Holstein	13,9%	12,0%	10,5%	7,0%	6,5%
Hamburg	1,4%	1,7%	2,0%	2,7%	2,9%
Bremen	0,5%	0,6%	0,7%	1,0%	1,3%
Niedersachsen	25,5%	24,2%	23,5%	19,2%	17,1%
Nordrhein-Westfalen	12,4%	16,7%	18,1%	25,6%	27,9%
Hessen	9,1%	9,4%	9,4%	9,6%	9,8%
Rheinland-Pfalz	0,9%	1,2%	2,1%	3,4%	3,5%
Baden Württemberg	9,4%	9,5%	10,7%	13,1%	14,1%
Bayern	26,7%	25,3%	22,9%	19,4%	16,9%

Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland nach Bundesländern

nur ausnahmsweise möglich war, stellte die Neugründung von Unternehmen in NRW den Regelfall dar. In Anbetracht der dafür notwendigen Investitionen waren die Bedingungen der Kreditvergabe von erheblicher Bedeutung. Der Wirtschaftsausschuss setzte sich insbesondere im Zeitraum bis 1951, in welchem der Großteil der Neugründungen erfolgte, schwerpunktmäßig mit diesem Thema auseinander und erwarb sich so große Verdienste um zahlreiche Vertriebenenbetriebe.

Der Kulturausschuss

In den ersten Nachkriegsjahren traten, bedingt durch die materielle Not und die damit verbundenen existentiellen Sorgen, die kulturellen Bedürfnisse der Vertriebenen in den Hintergrund. Mit der zunehmenden Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse gewann aber dieser für die soziale Eingliederung besonders wichtige Aspekt immer mehr an Bedeutung. Die kulturpolitische Arbeit sollte die seelischen Schäden ausgleichen helfen, die durch den Zusammenbruch und den Verlust der Heimat entstanden waren. Nicht umsonst forderte das Sozialministerium in einem Erlass vom 20. November 1950 den systematischen Aufbau der Kulturarbeit der Vertriebenen auf allen Ebenen. Bis zum heutigen Tage bildet das kulturelle Engagement einen zentralen Eckpfeiler der Vertriebenenarbeit.

Für den Kulturausschuss hatte die Aufgabe, den jungen Vertriebenen Chancengleichheit im Bildungssystem zu ermöglichen, von Beginn an höchste Priorität. Dabei ging es nicht nur um Fragen des gleichberechtigten Zugangs zu den weiterführenden Schu-

len und Universitäten, welcher beileibe keine Selbstverständlichkeit war. Vielmehr ging es bei den Themen Ausbildungs- bzw. Lehrmittelbeihilfe und Schulgeldbefreiung um eine positive Förderung der Vertriebenen, durch welche die Benachteiligungen ihrer besonderen Ausgangssituation ausgeglichen werden sollten.

Schon früh stand die Bewahrung der ostdeutschen Identität im Zentrum der Bemühungen des Kulturausschusses. Beispielhaft dafür steht die unter der Überschrift „Pflege gemeinsamer Kulturwerte“ am 15./16. März 1951 vom Landesvertriebenenbeirat im Düsseldorfer Landtagsgebäude durchgeführte vierte Landestagung.

Der Landwirtschafts- und Siedlungsausschuss

Die wirtschaftliche Eingliederung der vertriebenen Bauern erwies sich als besonders schwierig, war doch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung der von Flucht und Vertreibung betroffenen Gebiete der dortigen Bedeutung des landwirtschaftlichen Sektors entsprechend überdurchschnittlich hoch. Bei den vergleichsweise geringen Kapazitäten an verfügbarer landwirtschaftlicher Nutzfläche in Nordrhein-Westfalen bestand für sie kaum Aussicht, in überschaubarer Zukunft auf eigenem Boden wieder sesshaft werden zu können. So fanden die vertriebenen Bauern größtenteils ein notdürftiges Unterkommen als Land- oder Hilfsarbeiter, was einem vollkommenen Statusverlust gleichkam. Zur Wahrung ihrer Belange setzte der Landesbeirat einen Landwirtschafts- und Siedlungsausschuss ein. Dem Gremium wurden als Aufgabengebiete die Vertretung der Interessen der

*Großkundgebung in Stuttgart anlässlich der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am 5. August 1950
(Foto: BdV Baden-Württemberg)*





Protestversammlung Bonn 1951 für einen gerechten Lastenausgleich (Foto: Bundesarchiv)

vertriebenen Bauern sowie Fragen der Siedlung und der Bodenreform übertragen.

NRW Beirat und Bundesgesetzgebung

Der Landesvertriebenenbeirat war eine nordrhein-westfälische Einrichtung. In den ersten Nachkriegsjahren wurde das Gros der Entscheidungen, welche die Belange der Flüchtlinge und Vertriebenen betrafen, von den Parlamenten und Behörden der Länder getroffen. Der heraufziehende Kalte Krieg ließ den Anspruch der Besatzungsmächte, gemeinsam die Verantwortung für Deutschland als Ganzes zu tragen, zunehmend in den Hintergrund treten. Die Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 und die Errichtung eines westdeutschen Teilstaates markierten einen Einschnitt. Die Bundesebene gewann für die von Flucht und Vertreibung betroffene Bevölkerungsgruppe, nicht zuletzt durch die Einrichtung eines Bundesvertriebenenministeriums, an Bedeutung. Auch in den Vertriebenenverbänden etablierten sich zentrale Organisationsformen, welche unter anderem in der am 5. August 1950 in Stuttgart verabschiedeten Charta der Deutschen Heimatvertriebenen sichtbar wurden. Diese Tendenzen blieben für die Arbeit des Beirates nicht ohne Folgen. Nicht nur die Lebenswirklichkeit der Flüchtlinge und Vertriebenen wurde immer stärker durch Entscheidungen auf Bundesebene beeinflusst. Auch Parlament und Regierung in NRW mussten diese Weichenstellungen durch Anpassungs-

gesetze transformieren. So wurde die Begleitung der Bundesgesetzgebung zu Beginn der fünfziger Jahre zu einem weiteren Schwerpunkt des Beirates.

Die Umsiedlung

Der Großteil der Vertriebenen, welche die westlichen Besatzungszonen erreicht hatten, verblieb nach seiner Ankunft zunächst in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. In den ersten Nachkriegsjahren beschränkte sich der Bevölkerungsausgleich auf eine vergleichsweise geringe Anzahl von Vertriebenen, die als Arbeitskräfte an Rhein und Ruhr besonders begehrt waren. Erst mit der Konstituierung der Bundesrepublik konnte die Umsiedlung der Vertriebenenbevölkerung in größerem Ausmaß betrieben werden. Die entsprechenden Gesetze der Jahre 1949–1954 offenbarten die soziale Motivation des Bevölkerungsaustausches. Die Umsiedlung diente in erster Linie der Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung familiärer Strukturen. Darüber hinaus wurde zur finanziellen Entlastung der Hauptaufnahmelande eine gezielte Verteilung derjenigen Vertriebenen angestrebt, welche nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Die Einstellung der Bundesländer zu den Umsiedlungsmaßnahmen veränderte sich aber erst mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der 1950er Jahre und dem damit verbundenen Bedarf an Arbeitskräften grundlegend. Bis Ende 1962 gelangten im Rahmen dieser Maßnahmen 1.007.000 Menschen nach Nordrhein-Westfalen.

Für den Landesvertriebenenbeirat waren mit Umsiedlungsmaßnahmen in einer solchen Größenordnung neue Herausforderungen verbunden. Es galt, die Balance unter den Ostdeutschen zu wahren. Mangels Unterbringungsmöglichkeiten wurden im Zuge des Bevölkerungstransfers umfangreiche Wohnungsbauprogramme von Bund und Land für die Umsiedler aufgelegt. Bei diesen Planungen blieben die bereits zuvor zugewanderten Vertriebenen, deren Wohnsituation zu einem beträchtlichen Anteil unverändert als notdürftig bezeichnet werden muss, anfangs unberücksichtigt. Erst die Intervention des Landesvertriebenenbeirates ebnete den Weg für eine gerechte Verteilung der neu entstehenden Ressourcen. Aber auch die Auswahlkriterien stießen auf die Kritik des Gremiums, wurden doch soziale Aspekte im Vergleich zu arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten allzu häufig ausgeblendet. Nachdrücklich vertrat →

der Beirat die Interessen von älteren Menschen, Frauen mit Kindern, freiberuflich Tätigen und geistig Schaffenden.

Der Lastenausgleich

Mit dem Kriegsende entwickelte sich in Deutschland eine lebhafte Diskussion über die materielle Beseitigung der Kriegsfolgen. Kernpunkt der Debatte waren die Forderungen nach einem Ausgleich zwischen denjenigen, die alles verloren hatten, und ihren unbeschadet gebliebenen Landsleuten. Die Vertriebenen drängten auf eine Entschädigung für die Vermögensverluste, welche sie in ihren Heimatgebieten erlitten hatten. Ihrer Ansicht nach war nicht allein eine Bevölkerungsgruppe, sondern das gesamte deutsche Volk in der Verantwortung. Der Landesvertriebenenbeirat nahm sich dieser zentralen Problematik bereits im Jahre 1948 an. Die Sachkunde der Mitglieder war in der Landesregierung gefragt.

Das Lastenausgleichsgesetz mit seinen zahlreichen Novellen und Durchführungsverordnungen sollte eines der umfangreichsten Gesetzeswerke der Bundesrepublik werden. Allein die Vorbereitungen zogen sich über Jahre hin. Um in dringenden Notfällen Abhilfe schaffen zu können, verabschiedete der Wirtschaftsrat des vereinigten Wirtschaftsgebietes am 14. Dezember 1948 das bereits erwähnte Soforthilfengesetz. Nach heftigen Kontroversen wurde schließlich das Lastenausgleichsgesetz am 16. Mai 1952 vom ersten Deutschen Bundestag beschlossen. Im Zentrum stand die Hauptentschädigung für Vertriebene. Ihnen wurde für nachgewiesene Vermögensschäden eine dem Schadensbetrag umgekehrt proportionale Entschädigung gewährt.

Viele Vertriebene knüpften hohe Erwartungen an das Lastenausgleichsgesetz, welches nach seiner Präambel „den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit und den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten“ entsprechen wollte. Für den Landesvertriebenenbeirat begann nach dem Inkrafttreten des Gesetzes eine Phase jahrelanger Auseinandersetzungen. Im Mittelpunkt standen die Ausgleichsleistungen, die Festlegung des Kreises der Berechtigten, Stichtagsänderungen und eine Unzahl weiterer Probleme. Zahlreiche Änderungsvorschläge der Gremienmitglieder wurden von der Landesregierung angenommen oder an die zuständigen Stellen beim Bund weitergeleitet. Mit seinem Engagement

für einen gerechten Lastenausgleich erwarb sich der Landesvertriebenenbeirat bleibende Verdienste um den sozialen Frieden und die Eingliederung der Ostdeutschen.

Das Bundesvertriebenengesetz

Die Verwaltung der Flüchtlingsangelegenheiten wurde in den westlichen Besatzungszonen bereits unmittelbar nach Kriegsende in die Hände der deutschen Behörden gelegt. Bis zur Gründung der Bundesrepublik behandelten die einzelnen Landesregierungen die Belange der Vertriebenen und Flüchtlinge nach eigenem Ermessen. In NRW stellte das am 2. Juni 1948 im Düsseldorfer Landtag beschlossene Landesflüchtlingsgesetz die zentrale Kodifikation dar. Auch in den übrigen Bundesländern wurde der Gesetzgeber im Bereich des Flüchtlingswesens aktiv. Da diese Rechtszersplitterung jedoch eine bundesweit einheitliche Vertriebenenpolitik erschwerte, lag es sowohl im Interesse der öffentlichen Verwaltung als auch der Vertriebenenorganisationen, ein einheitliches Gesetzeswerk für das gesamte Bundesgebiet zu schaffen. Schließlich verabschiedete der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates am 25. März 1953 das „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“ (BVFG).

Der Beirat war von Beginn an in den Gesetzgebungsprozess einbezogen. So konnten bereits im Gesetzgebungsverfahren zahlreiche Anregungen Berücksichtigung finden. Der Landesvertriebenenbeirat profitierte dabei von den in der Anwendung des nordrhein-westfälischen Flüchtlingsgesetzes gewonnenen Erfahrungswerten, welche nun auch auf Bundesebene eingebracht werden konnten. Doch auch mit der Verabschiedung des Bundesvertriebenengesetzes war die Arbeit nicht getan, das Anpassungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen und die Durchführungsverordnung der Bundesregierung standen nun auf der Tagesordnung. Die Mitglieder des Landesvertriebenenbeirates setzten sich in oft mühsamer Detailarbeit für die Interessen der Vertriebenen ein, wenn es um die Auslegung der Normen oder um begriffliche Präzisierungen zu ringen galt. Die Bedeutung des Bundesvertriebenengesetzes für den inneren Ausbau des Staates ist nicht zu unterschätzen. Die gesetzlichen Regelungen prägten die positive Einstellung vieler Vertriebener zum demokratischen Staatsaufbau entscheidend mit und leisteten so einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Eingliederung.

Bis in die Gegenwart hinein hat insbesondere der Paragraph 96 BVFG seine herausragende Bedeutung für die Vertriebenen behalten. Bund und Länder sind danach in der Pflicht, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslands zu erhalten. Ein zentraler Bestandteil dieser Aufgabe ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, die sich mit der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge befasst. Mit Paragraph 96 BVFG konnte die Kulturarbeit der Vertriebenen auf eine gesicherte gesetzliche Grundlage gestellt werden.

Entspannung im Verhältnis zu den Vertriebenenverbänden

Für das Verhältnis zwischen dem Landesverband der Ostvertriebenen, dem Vorgänger des späteren Bundes der Vertriebenen, und dem Landesflüchtlingsbeirat kann das Jahr 1950 als eine Zäsur angesehen werden. Die Zeit heftiger Kontroversen wurde durch die Wahl von Bernhard Geisler zum neuen Landesvorsitzenden von ehrlichen Bemühungen um ein konstruktives Miteinander abgelöst, nachdem Georg Goebel und Oskar Salat auf einen Vorstandsposten verzichtet hatten.

Ab 1951 erfolgten regelmäßige Besprechungen zwischen Landesvertriebenenbeirat und Landesverband. Es wurden monatliche Treffen auf Vorstandsebene verabredet, zudem sollte jeweils ein Mitglied der anderen Vertretung zu den Sitzungen eingeladen werden. Aus der gemeinsamen Arbeit entstand eine effektive Aufgabenteilung beider Gremien. Dem Landesverband der Ostvertriebenen war die Rolle des öffentlichen Sprachrohrs zugeordnet, er sollte in den Medien Forderungen erheben und durch die Artikulation der Anliegen Druck auf Regierungen und Verwaltungen ausüben. Der Landesvertriebenenbeirat sollte die gemeinsamen Interessen eher im Hintergrund vertreten. Diese Absprache bedeutete einen Verzicht auf Maximalpositionen im Vertretungsanspruch und trug den gegebenen Verhältnissen in NRW Rechnung. Nach Jahren der Konfrontation war nun der Weg zu einer Kooperation geebnet.

Dieses Kapitel ist der Broschüre „60 Jahre Landesbeirat“ der Autoren Michael Weigand und Arno Barth entnommen (Gekürzte Version)



2 KLICKS REICHEN!

Viele Informationen rund um die Arbeit des Landesbeirats und des Beauftragten der Landesregierung gibt es auch online www.mkw.nrw Dort finden Sie auch alle Ausgaben des VAS-Journals als pdf-Version.



Folgen Sie uns gerne auf Instagram oder twitter unter @VABNRW



Sie möchten das VAS-Journal bestellen oder weitere Personen für den Verteiler vorschlagen? Dann kontaktieren Sie uns per E-Mail unter landesbeirat@mkw.nrw.de

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.

Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und
Spätaussiedlerfragen beim Ministerium für Kultur und
Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

ACHTUNG: WIR SIND UMGEZOGEN!

Das Büro des Landes-
beauftragten und die
Geschäftsstelle des Landes-
beirates befinden sich nun im
RW14-Gebäude
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf

Die Postanschrift lautet:
Landesbeirat
im Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
40190 Düsseldorf

Telefon 0211 896-4874

E-Mail: landesbeirat@mkw.nrw.de

www.mkw.nrw/landesbeirat

Redaktionsteam:

Claudia Brecht, Heiko Hendriks, Martina Rodrigues

Nicht namentlich gekennzeichnete Beiträge/Artikel sind von
dem Redaktionsteam verfasst worden.

Druck: www.abindendruck.de

Gestaltung: siebenzwoplus / Büro für Gestaltung
Maya Hässig und Benjamin Brandt,
Thürmchenswall 72, 50688 Köln

Diese Publikation kann per E-Mail bestellt werden:
landesbeirat@mkw.nrw.de

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jede
Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz
zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des
Herausgebers.

Veröffentlichte Beiträge decken sich nicht immer mit
den Ansichten des Herausgebers. Sie dienen dem freien
Meinungsaustausch der Mitglieder von Vertriebenen- und
(Spät-)aussiedlerverbänden.

© MKW, Juni 2021

